

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 16. Mai 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jeklin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Das sächsische Courrières. Von Luise Zieg. — Ehe und Sittlichkeit. II. Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England. Von M. B. — Die Frauen in den badischen Kommunalverwaltungen. Von A. — Vom Schweizerischen Arbeiterinnenverband. Von Z. — Weibliche Krankenkontrollen. Von Ed. Gräf. — Die achte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Von K. — Der Kampf um die Rente. Von E. S. (Hortf.). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Der Parteitag der oberheinischen Genossen. — Die Waiseier. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kaphentstein.

Rotigentel: Dienstofffrage. — Vereinsrecht der Frauen. — Zum Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Feuilleton: Die alte Hergil. Von Maxim Gorki. — Der Apfel der Eva. Von Anna Bloz. — In der Frühe. Von Theodor Storm. (Gebicht.)

Das sächsische Courrières.

Der kapitalistische Massenmord zu Courrières, dessen Ursache mit aller Schärfe durch die zu niedrig befundene Dividende von 766 Prozent beleuchtet worden ist, welche die Grubenaktionäre 1891 eingezahlt haben, hat in der Welt der deutschen Kapitalisten und ihres Preßgefinstes ein heuchlerisches Treiben widerlichster Art gezeitigt. Die nämlichen Unternehmerblätter, die mit aufgeblasenen Baden zu rücksichtslosester Niederknüttelung der kämpfenden Arbeiter heßen, welche mittels der gewerkschaftlichen Organisation und des gesetzlichen Schutzes ihr trauriges Los mildern, der zügellosen Verwüstung von Menschenkraft und Menschenleben vorbeugen wollen: konnten sich nicht genug tun in mehrdeutigen Salbadereien über die Katastrophe und über die schwere, gefährvolle Arbeit des „Bruder Bergmannes“. Industriefürsten, welche strupellos den Grundsatz des Herrseins im Hause praktizieren und zusammen mit ihrer eigenen Kapitalgewalt alle Machtmittel des Klassenstaats mobilisieren, um „meuternde“ Lohnsklaven durch „Weißbluten“ zur Unterwerfung zu zwingen, bekundeten durch Beileidstelegramme und Geldspenden nach Frankreich ihr „arbeiterfreundliches Herz“. Die kapitalistischen Pharisäer brachten es sogar fertig, selbstgefällig auszurufen: „Herr Gott, wir danken dir, daß wir deutsche Unternehmer nicht sind wie die Sünder und Böllner im „wilden Frankreich“. Wir kennen und üben unsere Pflicht gegen „unsere Arbeiter“. Wir dürfen nicht bloß unsere weit besseren Rettungseinrichtungen rühmen, wir haben auch viel besseren gesetzlichen Arbeiterschutz.“

Tatsachenmaterial die Hülle und Fülle aber reißt dieser schamlosen Heuchelei die Maske herunter und zeigt unzweideutig, daß auch die deutschen Grubenkapitalisten von der nämlichen nimmersatten Profitgier beherrscht sind, welche in Courrières 1200 Menschen hingemordet hat. Dieses Tatsachenmaterial wollen wir in nachfolgendem durch einen Beitrag vermehren.

Die Zustände im Olsnitzer Revier des sächsischen Steinkohlenbergbaues berechtigen uns, von einem sächsischen Courrières zu reden. Seit Jahren brennt es dort fast überall auf den Schächten. Nach Ansicht der Bergleute sind die Feuer ungenügend abgedämmt, oder die vermauerten Strecken werden zu früh wieder angebohrt, so daß die Feuer Luftzufuhr erhalten und aufs neue auflodern und weiter um sich greifen. In der Folge wird die Luft in den Gruben wieder und wieder mit Giftschwaden angefüllt. Die vorhandene Ventilation vermag nicht genügend frische, mit Sauerstoff geschwängerte Luft zuzuführen, so daß nicht selten die Atmosphäre so verdorben ist, daß die Grubenlampen nicht mehr brennen. Außer den sich stetig erneuernden giftigen Gasen ist es der permanent den Feuer entströmende Rauch, der die Luft verpestet. Uns wurde versichert, der Rauch sei oft so dicht, daß die Bergknappen die Schienen nicht zu erkennen vermögen, auf denen die Kohlenwagen transportiert werden.

Und in solcher Luft muß der Bergmann schaffen Tag für Tag acht und in einigen Gruben sogar zehn Stunden. Dabei herrscht in den Gruben eine so hohe Temperatur, daß ihr zufolge die Knappen nach sächsischem

Berggesetz nur Sechsstundenschichten verfahren dürften. Hier aber kommen zu der Acht- bzw. Zehnstundenschicht oft genug noch Überstunden, mindestens Überstunden, Sonntagsarbeit usw. Die hohe Temperatur bedingt, daß der Bergmann, obgleich er nackt, nur mit einem Schurz bekleidet arbeitet, beständig in Schweiß gebadet ist.

Die Folgen des Arbeitens unter solchen Verhältnissen bleiben nicht aus. Sie zeigen sich in einer ungeheuren Verwüstung von Gesundheit und Arbeitskraft, in akuten Krankheiten, wie in chronischen Leiden, die vorzeitig zur Invalidität und zum Tode führen.

Von der allgemeinen Knappschaftspensionskasse zu Freiberg wird die durchschnittliche Lebensdauer des sächsischen Bergmannes auf nur 35 Jahre geschätzt. Um die Lebensdauer der Kohlengräber im Olsnitzer Revier muß es aber besonders schlecht bestellt sein. Dafür sprechen die amtlichen Krankenziffern. Für die sächsischen Bergleute sind seit Jahren auf je 100 Mann über 60 Krankheitsfälle zu verzeichnen. Im Olsnitzer Revier ergeben sich dagegen folgende Ziffern:

	Arbeitern	Erkrankungen
Auf Concordia bei	460	850
• Deutschland bei	1052	1120
• Vereinsglück bei	512	727
• Olsnitzer Bergbaugesellschaft	1152	975

Das sind pro hundert Mann der Belegschaft 76, 84, 106 und auf Vereinsglück sogar fast 142 Erkrankungen! Welche Ansammlungen von Schmerz, Sorge und Not, von zerstörtem Familienglück und zerstörter Lebensfreude spiegeln nicht diese Zahlen wider!

Dabei geben sie nicht einmal richtig den Umfang an, in welchem die Gesundheit der Bergknappen verüßtet wird. Zeigen sie doch nur, wie viele Erkrankungen bei der Krankenkasse gemeldet wurden. Aber durchaus nicht alle körperlichen Leiden und Beschwerden, in denen sich die gesundheitlich schädigenden Arbeitsbedingungen bekunden, werden als Krankheit gemeldet. Wie oft ist nicht der Bergmann gezwungen, frühzeitig wieder auszufahren, weil er infolge des Einatmens giftiger Gase sich erbrechen muß, Diarrhöe, Schwindel, Ohnmachtsanfälle bekommt oder von so starkem Kopfschmerz geplagt wird, daß ihm das Weiterarbeiten unmöglich ist. Ganze Belegschaften kommen wochenlang mit heftigen Kopfschmerzen und einem allgemeinen Schwächegefühl (verursacht durch Appetitlosigkeit) von der Arbeit und kehren in diesem Zustand auch wieder zu ihr zurück. Die schreckliche Verwüstung von Menschenleben infolge der ungesunden Arbeit wird auch bezeugt durch die bleiche, oft gelblichgraue Gesichtsfarbe der Bergknappen, die samt und sonders nicht an „Fettsucht“ leiden, sowie durch die hohe Zahl der Berginvaliden, die infolge von Lungenleiden, Rheumatismus usw. arbeitsunfähig wurden.

Sehen wir davon ab, daß die Grubenbrände und die sich überaus stark entwickelnden Gase täglich eine ähnliche Katastrophe wie in Courrières herbeiführen können. Es bleibt dann noch immer die Tatsache bestehen, daß infolge der geschilderten Abstände viele Hunderte von Menschen langsam, aber qualvoll und sicher hingemordet werden. Dabei haben wir noch nicht einmal jener Bergleute gedacht, die durch Unfälle Gesundheit oder gar das Leben einbüßen. Und ihre Zahl ist ebenfalls nicht gering, wie der folgende amtliche Ausweis bestätigt. Pro 1000 Mann der Belegschaften in sächsischen Gruben verunglückten entschädigungspflichtig: 1895: 9,85, 1900: 8,59, 1901: 9,33, 1902: 10,87, 1904: 11,70.

Im Jahre 1904 waren unter 4415 Unfällen 354 schwere zu verzeichnen. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft stellte fest, daß die Gefährlichkeit der Betriebe bedeutend zugenommen habe. Nach ihr verunglückten durch die gesteigerte Gefährlichkeit der Betriebe bei je 100 Unfällen: 1901: 56,57, 1902: 60,70, 1903: 68,81, 1904: 68,08 Personen. Und wodurch ist die steigende Unfallgefahr bedingt? Durch das ständige Sinken der Löhne und die unerhörtesten Anstreiberien bei der Arbeit, in letzter Linie also durch die kapitalistische Profitgier.

Das Sinken der Löhne wird klärllich durch die amtliche Tabelle über die Jahreseinkommen der sächsischen Steinkohlenbergleute erwiesen. Den amtlichen Zahlen sei gleich die Bemerkung vorausgeschickt, daß sie die Lage der Olsnitzer Bergarbeiter rosiger erscheinen lassen, als sie in Wirklichkeit ist. Ihnen liegen nämlich auch die Löhne der Zwickauer Knappen zugrunde, deren Verdienst durchschnittlich bedeutend höher ist als der ihrer Olsnitzer Brüder.

Im Steinkohlenbergbau betrug der Jahresverdienst: 1899: 1132, 1900: 1207, 1901: 1157, 1902: 1084, 1903: 1111, 1904: 1097 Mk. Von diesem Jahresverdienst müssen wir mindestens 100 Mk. abziehen für verfahrenere Überstunden, Überstunden, Sonntagsarbeit. Es ergibt sich dann pro Schicht ein Lohn von ganzen 3 Mk. Ein erbärmlicher Verdienst, ganz besonders angesichts der geschilderten Arbeit.

Was folgt aus diesen niederen Lohnsätzen? Zweierlei. Erstens bedingen sie, daß die Ernährung mitleidet, und zwar um so mehr, je höher in letzter Zeit die Lebensmittel- und Mietpreise gestiegen sind. Just bei dem Arbeiten in der verdorbenen Luft sollten aber die Bergleute sich gut, sogar sehr gut ernähren, um widerstandsfähiger gegen Gesundheitschädigungen zu sein. Zweitens aber peitscht der niedere Lohnsatz die Arbeiter zur intensivsten Arbeit auf, um — weil sie im Akkord schaffen — den Verdienst zu erhöhen. Dabei werden oft die elementarsten Sicherheitsmaßnahmen außer acht gelassen. Das Schreckgespenst „Hunger“ macht blind gegen die umgebenden Gefahren. Die verringerten Lohnsätze treten übrigens in ihrem ganzen Umfang erst scharf umrissen in die Erscheinung, wenn wir den Jahresverdienst der Arbeiter der gesteigerten Arbeitsleistung gegenüberstellen und damit veranschaulichen, wie viel mehr Arbeit für bedeutend weniger Lohn geleistet ward. Trotzdem im Lugau-Olsnitzer Revier die Belegschaft von 9969 Personen im Jahre 1902 zurückging auf 9427 Personen im Jahre 1904, stieg die Förderung, das ist das Quantum Kohlen von 1 606 671 Tonnen im Jahre 1902 auf 1 686 182 Tonnen im Jahre 1904. Im Jahre 1904 sind also 542 Personen weniger beschäftigt gewesen als 1902, trotzdem aber sind 79 511 Tonnen Kohlen mehr gefördert worden, und die Arbeiter haben dafür seit 1900 eine Kürzung ihres Jahresverdienstes um 110 Mark erfahren. Kein Wunder, wenn Krankheit und Unfälle sich in erschreckender Weise mehren.

All das zur höheren Ehre des nimmersatten „Bampir“ Kapitalismus, wie die prächtigen Dividenden der Werksbesitzer ausweisen. In zehn Jahren, bis zum Jahre 1904 zahlten Dividende: der Gersdorfer Steinkohlenbauverein 215% Prozent; Kaisergrube 194% Prozent; Gottes Segen (dem Namen entsprechend) 328 Prozent; Bokwa-Hohndorf-Vereinigteld 1902 24 Prozent, 1903 40 Prozent (seit 1902 zusammengelegte Aktien), 1904 40 Prozent; Hohndorf zu Hohndorf zahlte in den letzten zehn Jahren pro Aktie von 300 Mk. 410 Mk.; Lugauer Steinkohlenverein pro Aktie (à 300 Mk.) 608 Mk. Den Aktionären mähelos ein hoher und immer höherer Gewinn, den Arbeitern bei stark gesteigerter Arbeitslast und Gefahr Verkürzung ihres Hungerlohns, steigende Invalidität und Unfälle! Bei den Aktionären steigender Goldstrom, bei den Arbeitern steigender Hunger und steigender Blutstrom.

Wahrlich, geradegu klassisch zeigt diese Tatsache den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Fansaren gleich ruft sie alle auf, die da mühselig und beladen sind, zum energischen und leidenschaftlichen, aber auch zum zähen und ausdauernden Kampfe gegen die Kapitalherrschaft. Neben den Bergarbeitern selbst müssen die Bergarbeiterfrauen in diesem Kampfe in den ersten Reihen stehen, dafür werden wir in einem folgenden Artikel den bündigen Nachweis erbringen. Die mörderischen Gewalten des Kapitalismus können nur durch den Klassenkampf des Proletariats gezügelt und überwunden werden.

Luise Zieg.

Ehe und Sittlichkeit.*

II.

Ist die geltende bürgerliche Ehe tatsächlich die höchste sittliche Norm der Vereinigung von Mann und Weib; ist sie kraft dieser ihrer Bedeutung dem Wandel der Zeiten und Menschen entzogen und darf ewigen Bestand beanspruchen? Wir meinen, nur Moralheuchelei und geschichtliche Einsichtslosigkeit können diese Fragen bejahen.

Die Ehe schlechthin, das ist den Sittlichkeitswächtern mit und ohne Talar die heutige bürgerliche Ehe, die auf dem Vaterrecht, der Herrschaftsstellung des Mannes beruht. Die Geschichte dieser Ehe aber und die Analyse ihres Inhaltes erweisen klärlieh eins: ihrem Ursprung wie ihrem Wesen nach ist die vaterrechtliche Ehe in der Hauptsache keine sittliche, sondern eine wirtschaftliche, eine vermögensrechtliche Institution. Ihre Grundlage ist das Privateigentum, ihr fester Kitt war die alte Naturalwirtschaft, welche die Familie als ökonomisches Ganze zusammenhielt. Nicht die individuelle Geschlechtsliebe, welche die Umarmung von Mann und Weib adelt und dem Geschlechtsleben seinen Sittlichkeitsbrief schreibt, ließ die Ehe entstehen. Sie entstand mit dem Privateigentum. Ihr Schöpfer war der egoistische Wunsch des Mannes nach legitimen Erben. Als Besitzer von Privateigentum wollte der Mann in seinen Leibeserben unsterblich sein, daher mußte eine Form der Geschlechtsbeziehungen festgesetzt werden, welche ihm „das ewige Leben“ seines persönlichen Besitzes durch die Legitimität der Nachkommen möglichst sicherte. Die vaterrechtliche Ehe erfüllte diesen Zweck, soweit er bei der schweren Nachweisbarkeit der Vaterschaft erfüllt werden kann.

Ein Umstand läßt die eigentumsrechtliche Aufgabe der Ehe klar hervortreten. Die gesunde, durch kein Vorurteil getriebene Logik erklärt: es kann nur eine Sittlichkeit für beide Geschlechter geben. Trotzdem wurde lediglich vom Weibe fleckenlose Keuschheit vor der Ehe, strengste Treue in der Ehe gefordert. Die Frau vermag sich den Folgen erfüllten sexuellen Triebens, der Mutterschaft, nicht so leicht zu entziehen, wie der Mann der Vaterschaft. Dieser beanspruchte jungfräuliche Unberührtheit und weibliche Treue im Grunde nicht als Postulate geschlechtlicher Sittlichkeit — man lasse sich nicht durch den poesiereichen Glanz des ideologischen Schleiers täuschen —, vielmehr als physische Bürgschaften für die Legitimität seiner Erben. Er selbst fühlte sich daher auch im Hinblick auf das „sittliche Institut der Ehe“ weder als Lediger zur geschlechtlichen Enthaltsamkeit, noch als „Eheherr“ zur unbedingten Treue verpflichtet. Die Monogamie galt in Wirklichkeit nur für die Frau. Erklärlich genug. Sie war in die Geschichte eingetreten als die Unterjochung des einen Geschlechtes durch das andere, um mit Engels zu reden. Sie brachte auch in dieser Beziehung nicht die Harmonie von Mann und Weib, sondern den Widerstreit der Geschlechter.

Wie die Ehe als soziale Einrichtung eine Konsequenz des Privateigentums ist, so haben von Anfang an bis heute materielle Verhältnisse, die Rücksichten auf Besitz und sozialen Vorteil eine hervorragende, ja die entscheidende Rolle bei der Verehelichung gespielt. Ganz besonders, logisch bedingt, in der Welt der Besitzenden und Herrschenden. Wo nichts ist, da hat auch der Kaiser, da hat das Eigentum das Recht auf legitime Vererbung verloren, womit keineswegs gesagt sein soll, daß nicht auch bei den Besitzlosen häufig genug der geschlechtlichen Sittlichkeit wesensfremde, materielle Rücksichten Ehepuppler sind. Eine Tatsache illustriert unabweisbar, daß nicht das natürliche und sittliche Moment der individuellen Geschlechtsliebe den Kern der Ehe ausmacht, daß dieser Kern vielmehr ökonomischer Natur ist. Die Familien verlobten und verheirateten früher oft ihre Kinder im zartesten Alter, ja noch vor der Geburt. In scharfem Umriß spiegelt auch das Familienrecht, spiegeln insbesondere die Bestimmungen über Ehegüter und Ehescheidung, über das Recht oder richtiger die Rechtslosigkeit der unehelichen Mutter und ihres Kindes das ökonomische, eigentumsrechtliche Wesen der bürgerlichen Ehe wider. Sie regeln in der Hauptsache materielle Verhältnisse und auch die nicht einmal vom Standpunkt eines höheren, lebendigen sozialen Rechtes aus, das den Umschwung der Zeiten respektiert, sondern entsprechend den gemeinsten Wesenszügen des bürgerlichen Eigentumsrechtes. Wo sie sich anmaßen, die persönlichen, die sittlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch in feste Normen gießen zu wollen, da sind sie fast ausnahmslos so barbarisch, so roh, daß sie wie Faustschläge und Beschimpfungen auf feinsinnigende Naturen wirken. Man denke nur an die brutale, ja bestialische Vorschrift der sogenannten „ehelichen Pflicht“. Die elementarste persönliche Wesensäußerung, die ihre sittliche Weihe durch die freigewollte gegenseitige Hingabe erhält, die ein hohes Fest der Seele und der Sinne sein soll: die wird unter Umständen „von Rechts wegen“ zu einem Zwangsakt entwürdigt, der die eheliche Umarmung noch unter die Stufe der tierischen Begattung hinabstößt. Das Eherecht, das Familienrecht ist eben, wie das bürgerliche Recht überhaupt, im letzten Grunde Sachrecht und nicht Personenrecht. Es hebt den toten Besitz auf den Thron und wirft den lebendigen Menschen gefesselt, geknechtet zu seinen Füßen. Die Liebe und damit die Sittlichkeit läßt es in den sexuellen Beziehungen von Mann und Weib nur so weit gelten, als dadurch nicht die höhere Majestät des Privateigentums verletzt wird, und da nach dem Prinzip der vaterrechtlichen Familie der Mann der offizielle Träger des Privateigentums ist, fügt das Eherecht anderer sittlicher Schmach konsequenterweise die hinzu, daß es die Gattin unter die Vormundschaft des Gatten beugt.

Indem die Ehe als soziale Institution das Privateigentum und nicht die Liebe zu ihrer Grundlage machte, indem sie in erster Linie eine ökonomische Einheit schuf: wurde sie wohl die juristisch und sozial als legitim anerkannte Form des Geschlechtsverkehrs, allein sie mußte sich als ohnmächtig erweisen, die Norm der sexuellen Vereinigung von Mann und Weib überhaupt zu sein, ja auch nur innerhalb ihrer eigenen Schranken das mächtigste physisch-psychische Triebleben des Menschen zu versittlichen. Ihr folgen daher von ihrem Ursprung an bis auf unsere Tage zwei soziale Begleitererscheinungen, welche der in der Theorie proklamierten geschlechtlichen Moral ins Gesicht schlugen: der Petärismus und der Ehebruch. Der Petärismus, wie Morgan den neben der Einzelehe bestehenden außerehelichen geschlechtlichen Verkehr von Männern mit unverheirateten Frauen bezeichnet, hat in den verschiedenen Ländern und Zeiten die verschiedensten Formen angenommen. Seine extremste Form ist die gewerbsmäßige Prostitution, die als Korrelat der Lohnarbeit auftrat, und der die kapitalistische Entwicklung in allen Kulturländern, der Herrschaft des Christentums mitsamt seiner Moral zum Trotz, riesige Dimensionen verliehen hat. Der Kapitalismus hat neben dem Berufsdienern das viel umfangreichere Heer der fluktuierenden Prostitution geschaffen, das sich — eine brennende Schmach unserer Zeit — aus Lohnarbeiterinnen rekrutiert, welche ständig einen Nebenverdienst oder auch zeitweilig den einzigen Verdienst in dem Verlauf des Körpers suchen müssen. Die Prostitution ist so gut wie die Ehe zu einer sozialen Institution der bürgerlichen Ordnung geworden, sie kommt sowohl als Surrogat für die Ehe selbst in Betracht, wie — dem Ehebruch gleich — als Entschädigung für eine lieblose, unbefriedigende Ehe. Tritt die Prostitution mehr in den Zentren des modernen industriellen, kommerziellen und militärischen Lebens in Erscheinung, so steht dafür unter der Landbevölkerung die „freie Liebe“ in anderer Form in Blüte. Es ist eine statistisch nachweisbare und nachgewiesene Tatsache, daß gerade auf die kirchlich frömmsten katholischen wie protestantischen ländlichen Bezirke außerordentlich hohe Prozentsätze der unehelichen Geburten entfallen. Unter dem Einfluß des bürgerlichen Erbrechtes schreiten die Eltern recht oft erst nach der Geburt des zweiten und dritten außerehelichen Kindes zur Ehe. Eine sinnensfällige Befruchtung für den inneren Zusammenhang zwischen geschlechtlicher Moral und Ökonomie.

Verdient aber etwa die Ehe selbst die Lobeshymnen, die ihr als der wichtigsten versittlichenden Kraft des Geschlechtsverkehrs von Pfaffen und Philistern gesungen werden? Mit nichten. Viele werden über die Schwelle des ehelichen Gemachs von dem unmoralischsten Schacher gestoßen — mag er sich Staatsrauf, Mitgift, soziale Stellung oder sonstwie nennen —, und drinnen harret ihrer nur zu oft der Ehebruch. Eine Vereinigung von Mann und Weib aber, die nicht auf der individuellen Liebe beruht, die aus dem Schmutze materieller Berechnungen geboren und in ihm weitergeschleppt wird: die kann weder durch die standesamtliche Formalität, noch durch den kirchlichen Segen sittliche Weihe und Kraft erhalten. Als sittlich vermögen die Schacher- und Konvenienzehe nur Leute zu preisen, die nach Fouriers beißendem Wort „zwei Prostitutionen als eine Tugend“ gelten lassen. In den meisten bürgerlichen Ehen ziehen die Gatten, einem Gespann gleich, das äußerer Zwang zusammengeschirrt hat, den schweren, häßlichen Karren ihres Zusammenlebens stumpfsinnig, in bleierner Langeweile vorwärts. In vielen Fällen verhilft die Ehe mit dem Schleier bürgerlicher Wohlstandigkeit unsägliche Heuchelei und Brutalität, unsäglichen „Schmutz der Seele zu zweien“. Nicht die Liebe, in deren Blut das erdgebundene Moment der Hingabe vergeistigt und versittlicht wird, zwingt Mann und Weib einander in die Arme; die ehelichen Umarmungen werden für die Gatten zum Alltagsgeschäft wie Kaffeetrinken und Zigarrenrauchen. Und die befudelten Leiber und Seelen zeugen neues Leben, das schon vor der Geburt von den Eltern benachteiligt, beraubt worden ist. Das ist die furchtbarste Konsequenz der bürgerlichen Schacherhe. Scharfe Beobachter haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die „Kinder der Liebe“ aller ungünstigen Entwicklungsbedingungen ungeachtet den Kindern der Ehe“ recht oft an physischer und psychischer Kraft und Schönheit überlegen sind. Kein Geringerer als Shakespeare hat in feiner Wertung dieser Erfahrung in seinem „König Lear“ dem Bastard Edgar die stolzen Verse in den Mund gelegt:

„Warum brandmarkt uns denn die Welt mit niedrig?
Mit Niedrigkeit? mit Bastard? niedrig, niedrig?
Die wir im leeren Diebstahl der Natur
Uns mehr Gehalt und Kraft und Feuer holen,
Als je im dumpfen, schalen, müden Bett
Verbraucht wird für ein ganzes Heer von Tröpfen,
Die zwischen Schlaf und Wachen man erzeugt?“

Sicherlich muß die Einzelehe als bedeutsamer geschichtlicher Fortschritt gewürdigt werden. Aber nun und nimmer kann man in das gedankenlose oder verlogene Kling-Klang-Gloria auf ihre sittliche Vollkommenheit einstimmen. Die blind-fanatichen Lobhübler der Einzelehe übersehen, daß diese in Erscheinung getreten ist, befaßt mit schweren Mängeln und Gebrechen, die durch die Herrschaft des Privateigentums bedingt und durch den Kapitalismus verschärft werden. Kein Vibesspruch, keine Philisterweisheit vermag im Namen des Ideals sexueller Sittlichkeit dem Wind und Meer der geschichtlichen Entwicklung vor der bürgerlichen Ehe Halt zu gebieten. Denn ebensowenig wie die vollkommenste ist diese die letzte Form der Geschlechtsbeziehungen von Mann und Weib. Das werden wir in einem folgenden Artikel ausführen.

Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England.

Am 25. April kam es im englischen Unterhause zu einer lebhaften Wahlrechtsdebatte, an der sich unsere Genossinnen, die sich auf der Frauengalerie befanden, durch Zwischenrufe beteiligten und deshalb „gewaltsam“ aus dem Parlament gewiesen wurden. Ein Teil der Bourgeoisie und die ganze bürgerliche Frauenrechtsbewegung sind durch diesen Eingriff unserer Genossinnen scandalisiert und protestierten in den folgenden Tagen in der Presse gegen das Auftreten der Sozialistinnen.

Die Sache verhält sich so: Das englische Unterhaus hält seine Sitzungen von ungefähr 1/3 Uhr bis 11 Uhr nachts. Zuweilen wird auch die ganze Nacht hindurch „getagt“, wenn die Regierung gegen Ende der Session mit ihren Arbeiten im Rückstand ist; aber diese Nachtsitzungen sind eine Ausnahme. Dann ist noch zu bemerken, daß regelrecht eingebrachte Gesetzesvorlagen (Bills) tage- und wochenlang diskutiert werden können, ehe sie zur Abstimmung gelangen. Dagegen müssen die von Abgeordneten eingebrachten Anträge und Resolutionen am selben Abend zur Abstimmung kommen. Gelingt es dem Antragsteller nicht, die Diskussion rechtzeitig zu beenden und eine Abstimmung zu erhalten, so fällt der Antrag, — schon aus dem einfachen Grunde, daß das Haus es nicht für wert gehalten hat, seine Meinung klar auszusprechen. Dieser Umstand kann aber auch dazu benutzt werden, unbequeme Anträge niederzureden. Die Gegner bestellen einige Redner, die bis zur Aufhebung der Sitzung sprechen und dadurch die Abstimmung verhindern. Dies geschah auch am 25. April.

An jenem Tage waren die Arbeiten des Unterhauses wie folgt: Von 1/3 bis 3 Uhr wurden Fragen an die Minister gestellt (im englischen Unterhaus werden die Minister während der Session jeden Tag über die verschiedensten Fragen examiniert und geben in der Regel kurze und präzis gefasste Antworten). Von 3 bis 1/2 Uhr wurde die Gewerkschaftsvorlage diskutiert und in zweiter Lesung angenommen. Von 1/2 bis 3/4 Uhr behandelte das Parlament Rechtsfragen, die bereits bestehende Gesetze betrafen. Knapp vor 10 Uhr stellte Genosse Keir Hardie folgenden Antrag: „Das Unterhaus ist der Ansicht: es ist wünschenswert, beide Geschlechter in bezug auf das parlamentarische Wahlrecht gleichzustellen.“

Hardie begründete seinen Antrag, und der liberale Abgeordnete Wason unterstützte ihn. Beide sprachen kurz, da sie wußten, um 11 Uhr mußte die Abstimmung erfolgen sein. Aber nach Wason erhob sich der liberale Arbeiterabgeordnete Cremer und sprach gegen den Antrag. Cremer ist ein etwas eigenartiger Mensch. Er war der erste Sekretär der alten „Internationale“ im Jahre 1865, aber sein ganzes Interesse drehte sich um internationale Verbrüderung und Gewerkschaftswesen. Er ist ein guter ehrlicher Kerl, aber ein schlechter Musikant. Seine Rede gegen das Frauenwahlrecht enthält folgendes Hauptargument: Die Gewährung des Wahlrechtes an die Frauen muß zum allgemeinen Wahlrecht führen. Da aber nach der letzten Volkszählung das weibliche Geschlecht um etwa dreiviertel Millionen Personen stärker ist, als das männliche, so werden die Frauen die Mehrheit im Parlament erhalten und demgemäß das Land regieren. Vor einer derartigen Möglichkeit möchte er England bewahren. Nach Cremer sprach ein Ire zugunsten des Antrags, und ein Konservativer dagegen, so daß die Frage genügend diskutiert war. Man erwartete deshalb, daß die Abstimmung erfolgen werde, aber knapp vor 11 Uhr erhob sich der liberale Abgeordnete Evans und begann den Antrag niederzureden. Auf der Frauengalerie befanden sich unsere Genossinnen Panhurst (Mutter und Tochter), Billington und Kennn. Sie merkten die Absicht des Redners und wurden ungeduldig. Von der Galerie herunter riefen sie: „Abstimmen! Abstimmen! Wir sind der ganzen Rede müde! Wir lassen uns nicht niederreden! Gerechtigkeit für die Frauen!“ Sodann rollten sie ein Banner auf, das die Inschrift trug: „Stimmt für das Frauenwahlrecht.“ Diese ungewöhnliche Szene rief ziemlich viel Aufregung hervor, und der Speaker (Präsident) gab den Befehl, die Frauengalerie zu räumen. Evans sprach, bis die Sitzung geschäftsordnungsmäßig aufgehoben wurde. Keir Hardies Antrag ist also vorläufig infolge des Mandovers eines Liberalen als verworfen zu betrachten.

London, 1. Mai.

M. B.

Die Frauen in den badischen Kommunalverwaltungen.

Als vor vier Jahren die Stadt Offenburg sich unter die Städteordnung begab, waren unsere dortigen Genossen als Förderer dieses bürgermeisterlichen Lieblingswunsches bestrebt, die Einführung des weiblichen Elementes in einige Kommissionen der Stadtverwaltung durchzusetzen. Dies gelang ihnen. Zuvor hatte der Stadtrat beim Ministerium des Innern die Meinung der Regierung einholen lassen. Diese wendete nichts ein gegen die Ernennung der Frauen zu gleichberechtigten Mitgliedern des Armenrates sowie derjenigen Schulkommissionen, welche über die Schülerinnen der Volksschulen oder Töchterschulen gesetzt sind, nur betonte sie, daß die Zahl der weiblichen Kommissionsmitglieder in einem untergeordneten Verhältnis zu der der männlichen Kollegen stehen müsse. Nunmehr zählt der städtische Armenrat zu Offenburg unter seinen 21 Mitgliedern 7 weibliche; die Sozialdemokratie ist darin durch Genossin Marie Ged vertreten. In den Kommissionen der Volksschule und der höheren Mädchenschule amtet je ein weibliches Mitglied. Vor kurzer Zeit hat auch der Stadtrat zu Mannheim zwei

* Siehe Nr. 8 der „Gleichheit“.

Frauen mit Sitz- und Stimmrecht in den Armenrat aufgenommen; in Freiburg will man sich ebenfalls zu diesem Fortschritt entschließen.

Da erschien in einer juristischen Zeitschrift ein Artikel, welcher staatsrechtliche Bedenken gegen die bisherige Zulassung der Frauen zu der Gemeindeverwaltung geltend machte. Er geht offenbar vom Karlsruher Stadtrat aus, dessen Vorsitzender, Oberbürgermeister Schneyler, die Frauen nicht als Bürger im Sinne der Verfassung und Gemeindeordnung betrachtet wissen will. Bei den Debatten über das Ministerium des Innern in der badischen Zweiten Kammer trat Genosse Ged für die gesetzliche Feststellung des Rechtes der Frauen zur Anteilnahme an der kommunalen Verwaltung ein. Minister Dr. Schenkel stellte eine Verordnung in Aussicht, welche diesem Wunsche entsprechen sollte. Leider jedoch scheint die badische Regierung ihr Versprechen in höchst eigentümlicher Weise halten zu wollen. Sie scheint entschlossen, rückschrittliche Wege zu wandeln. Ein Offiziosus in Heidelberg berichtet der „Kölnischen Zeitung“: Nunmehr habe sich die Regierung entschlossen, in einen in der Ausarbeitung befindlichen Gesetzentwurf die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung über die Vorschrift aufzunehmen, daß in Kommissionen für das Armenwesen, für Unterrichts- und Erziehungsangelegenheiten, soweit dabei Mädchen in Betracht kommen, sowie für das öffentliche Gesundheitswesen, soweit dabei Frauen und Kinder in Betracht kommen, eine oder zwei Frauen mit Sitz und Stimme berufen werden sollen oder können. Die solchen Kommissionen angehörigen Frauen müssen, so heißt es weiter, den nach § 12 der Gemeindeordnung verlangten Erfordernissen (zweijähriger Wohnsitz in der Gemeinde, Zurücklegung des 26. Lebensjahres, selbständige Lebensstellung, Entrichtung der Gemeindeabgaben und einer direkten ordentlichen Staatssteuer) entsprechen, jedoch mit der Maßgabe, daß bei verheirateten Frauen die Abgabenzahlung seitens des Ehemannes als Erfüllung des Erfordernisses gilt.

Den Vertretern der Gemeinden unter der Städteordnung, denen der Gesetzentwurf kürzlich zur gutachtlichen Äußerung mitgeteilt worden ist, genügt obige Bestimmung des Gesetzentwurfes nicht. Sie wünschen keine Beschränkung der Mitwirkung von Frauen auf die Armen-, Schul- und Gesundheitskommission, sondern sind der Ansicht, daß diese auch in anderen Kommissionen nur erwünscht sein kann, zum Beispiel für die Arbeiternachweisanstalt, für ein Krankenhaus, ein Wäschereianstalt und dergleichen. Ferner wenden sich die Städtevertreter gegen eine Beschränkung der Zahl der Frauen auf eine oder zwei. Die Bestimmung der Zahl dürfte füglich dem Ortsstatut überlassen bleiben, das ja der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung bedarf. Schließlich erscheint es ihnen als unzumutbar, daß in der Schul- oder Gesundheitskommission Frauen nur insoweit mitwirken dürfen, als „Mädchen“ bzw. „Frauen und Kinder“ dabei in Betracht kommen. Je nach dem Beratungsgegenstand müßten ja dann die Frauen die Kommission verlassen und wieder beigerufen werden. Sind einmal Frauen in die Kommission zugelassen, so sollten sie den männlichen Mitgliedern gleichgestellt sein und über alles mitberaten und mitbeschließen dürfen, was zur Zuständigkeit der Kommission gehört.

Man sieht, daß die Herren Oberbürgermeister — wahrscheinlich mit Ausnahme Schneylers — sich schämen, die beabsichtigte schofle Behandlung des Frauenrechtes im Musterlande zu befürworten. Eine solche bedeutet nicht mehr und nicht weniger als reaktionäre Krebsgängererei gegenüber den bescheidenen Anfängen, die gegenwärtig betreffend des Frauenrechtes vorhanden sind. Die Verbrämung der vorgeseheneu Regelung mit spießbürgerlichen Wahlrechtslautelen bezweckt nur, den arbeitenden Massen die Teilnahme der Frauen an der Gemeindeverwaltung noch schwieriger zu machen. Unsere Genossen in der badischen Zweiten Kammer bekommen einen geeigneten Anlaß, dem Minister Schenkel eine beißende Antwort auf diese Einlösung eines Versprechens zu erteilen. A.

Vom Schweizerischen Arbeiterinnenverband.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband, dessen Zentralkomitee in Winterthur seinen Sitz hat, zählte Ende 1905 in zehn Sektionen 480 Mitglieder. Mehrere Arbeiterinnenvereine, so in St. Gallen und Bern, stehen ihm fern; in Zürich ist ein italienischer Arbeiterinnenverein gegründet worden, der dem Verband sich anschließen will, sobald dieser Statuten in italienischer Sprache herstellen läßt. — Der Zentralvorstand bemühte sich redlich, den Verband auszuweiten und zu befestigen. Er hat neue Verbandsstatuten geschaffen, den Anschluß an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund durchgeführt, Agitationsversammlungen veranstaltet und zur Mailfeier 1905 ein besonderes Flugblatt für die Arbeiterinnen herausgegeben. Der Verband beschäftigte sich auf seiner vorjährigen Delegiertenversammlung zu Winterthur unter anderem mit der Revision des Fabrikgesetzes und stellte in einer Resolution folgende Forderungen auf: Zehntentag, Ausdehnung der gesetzlichen Vorschriften auf die Klein- und Heimbetriebe, Verbot der Kinderarbeit; er verlangte ferner, daß die zu schaffende Kranken- und Unfallversicherung mit einer besonderen Wöchnerinnenversicherung verbunden werde. Die Verbandsvorsitzende, Frau Dunkel, sagt in dem gedruckt vorliegenden Tätigkeits- und Situationsbericht von den Beziehungen zwischen der Zentralleitung und den einzelnen Sektionen beziehungsweise Mitgliedern: „Wir begnügen uns, zu konstatieren, daß der Verkehr zwischen Zentralvorstand und Sektionen ein reger und angenehmer war. Es leidet nur noch zu wünschen, daß die Sektionen uns fernerhin venso tatkräftig unterstützen, wie es in der Berichtsperiode

der Fall gewesen ist. Denn der Zentralvorstand kann seiner Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn ihm die Sektionen und einzelnen Mitglieder wirksam zur Seite stehen. Er kann begreiflicherweise nicht überall die lokalen und persönlichen Verhältnisse kennen und erforschen, sondern er ist dabei eben auf die Mithilfe der Genossinnen im Lande draußen angewiesen. Das ist namentlich der Fall bei agitatorischer Wirksamkeit unserer Organisation, die als unsere nächste Aufgabe angesehen werden muß. Arbeiten wir also vereint zusammen am Ausbau und der äußeren Stärkung unserer schönen Organisation, auf daß sie zu einem einflussreichen Faktor im Kranze der schweizerischen Arbeiterorganisationen wird und dergestalt die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse im allgemeinen und der Arbeiterinnen im speziellen wirksam unterstützen kann.“

Nach dem Bericht der Zentralkassiererin, Frau Zinner, betragen die Einnahmen der Zentralkasse im zweiten Halbjahr 1905 567,40 Fr., die Ausgaben 464,65 Fr.; der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 471,25 Fr.

Die Sektionen in Basel (2), Winterthur, Zürich, Wyl und Schaffhausen haben Berichte eingesandt. Nach ihnen haben sich die Genossinnen dieser Orte geregt und gerührt, um die Frauen aufzuklären und dem Verband neue Mitglieder zu gewinnen. Durch Vorträge über Gesundheitspflege, Krankenpflege, Kindererziehung, durch Veranstaltung eines Nähkurses, genossenschaftliche Wäschefabrikation (in Basel), genossenschaftlichen Arbeitsbezugs für Stickerinnen, um die Zwischenmeister oder „Fergger“ auszuschalten (in Wyl), bemühten sich die Vereine, ihren Mitgliedern nützlich zu sein. Überall gehören die Arbeiterinnenvereine den lokalen Zentralorganisationen (Arbeiterunionen oder Gewerkschaftskartellen) an und erfüllen die ihnen dadurch erwachsenden Pflichten. So hat zum Beispiel der Arbeiterinnenverein Basel zur Unterstützung der streikenden Arbeiter verschiedener Gewerbe 400 Fr. ausgebracht, der Züricher Verein 101 Fr. Die Vereine nehmen an allen ernsten und geselligen Veranstaltungen der Arbeiterunionen teil und veranstalten auch eigene Abendunterhaltungen, Ausflüge, Christbaumfeiern, Kinderbescherungen usw. Der Arbeiterinnenverein Winterthur hat einen eigenen Frauenchor gegründet. Die Arbeit unserer Genossinnen an verschiedenen Orten ist nicht hoch genug zu bewerten, und wir bedauern, daß nicht schon an 50 Orten Arbeiterinnenvereine bestehen. Die Genossen würden der gesamten Arbeiterbewegung einen sehr großen Dienst leisten, wollten sie überall, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, mithelfen, Arbeiterinnenvereine zu gründen und ihnen mit Rat und Tat beistehen.

Der am Ostermontag in Basel abgehaltenen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes wohnten 15 Delegierte bei; der Zentralvorstand in Winterthur war durch 8 Mitglieder vertreten. Anwesend waren außerdem mehrere Genossinnen und Genossen von Basel und die Baseler Gewerbeinspektorin, die zweite Beamtin in der schweizerischen Gewerbeinspektion. Über den Tätigkeits- und Kassenbericht des Zentralvorstandes wurde wenig diskutiert. Die Genossinnen waren im allgemeinen damit zufrieden, wenn schon die Meinung zum Ausdruck gelangte, daß in der einen oder anderen Beziehung vielleicht etwas mehr hätte geschehen können, eine Meinung, die übrigens der Zentralvorstand selbst teilte. Er hatte sich erst in die Geschäfte hineinfinden und lernen müssen.

Der hauptsächlichste Verhandlungsgegenstand war die Gründung eines eigenen Verbandsorgans. Der Gedanke war allen Genossinnen sympathisch, Bedenken wurden nur mehrfach geäußert betreffend die Ausbringung der Kosten des Blattes und die Möglichkeit, es dauernd zu erhalten. Der Verbandstag überwand jedoch die Bedenken und beschloß die Herausgabe eines monatlich einmal erscheinenden Organs unter dem Titel „Die Vorkämpferin“. Als Redakteurin wurde Genossin Faas in Bern gewählt, Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sie soll die Redaktion im Nebenamt und vorläufig unentgeltlich führen. Druck und Expedition wird Genossin Conzett in Zürich, Buchdruckereibesitzerin, besorgen. Die erste Nummer des Blattes ist bereits am 1. Mai erschienen und enthält außer einem warmen Appell an die „Frauen der Arbeit“, sich an der Mailfeier und dem proletarischen Befreiungskampf zu beteiligen, einen gedrängten Rückblick auf die Geschichte des Verbandes. Die Verbandssektionen sind verpflichtet, so viele Exemplare zu beziehen, als sie Mitglieder haben, wobei ihnen freigestellt ist, die Exemplare aus ihrer Kasse zu bezahlen oder an die Mitglieder zu verkaufen.

Auf der Tagesordnung stand auch die Frage der Beitragserhöhung. Doch blieb es bei den bisherigen Sätzen. Es ward beantragt, eine dem Verbandsort benachbarte Sektion jowellen mit der Revision der Bücher und Prüfung der Geschäftsführung des Zentralvorstandes zu beauftragen, um so die Delegiertenversammlung zu entlasten. Das wurde zwar abgelehnt, aber der Gedanke ist so vernünftig, daß die Antragstellerin, Genossin Schmidt-Basel, das nächste Mal damit wohl Erfolg haben wird.

Das Verhältnis des Verbandes zu den italienischen Arbeiterinnen soll in dem Sinne geregelt werden, daß der Zentralvorstand sich mit Genossin Dr. Valabanoff in Lugano in Verbindung setzt, um sie zur Gründung eines besonderen Verbandes der italienischen Arbeiterinnen in der Schweiz aufzufordern, der dann vom Arbeiterinnenverband die von ihm hergestellten italienischen Statuten übernehmen könnte. Ein vorgeseheneu Referat von Genossin Faas-Bern über die Organisation der Heimarbeiterinnen mußte wegen Mangel an Zeit ausfallen. Als Vorort wurde Winterthur wieder bestätigt.

Unter „Verschiedenem“ veranlaßte die Frage eine lebhafteste Diskussion, ob sich der Verband eventuell an die in Bern gegründete „Soziale Käuferliga“ anschließen solle. Auch einige Genossen beteiligten sich an dieser Erörterung. Der Anschluß fand eifrige Befürworter; von anderer Seite wurde jedoch betont, daß der Verband für sich bleiben und seine Selbständigkeit wahren müsse, also nicht mit den bürgerlichen Frauen Hand in Hand gehen dürfe. Schaffen diese etwas wirklich Gutes zum Nutzen der Arbeiterinnen und Arbeiter, so wird das Anerkenung finden. Die organisierte Arbeiterschaft muß jedoch den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wie bisher so auch in Zukunft mit eigener Kraft führen. Die Frage soll im neuen Verbandsorgan weiter erörtert und eventuell später darüber ein definitiver Beschluß gefaßt werden. Nach Erledigung der Geschäfte schloß die Vorsitzende, Genossin Dunkel, mit einer kurzen Ansprache den Verbandstag. Z.

Weibliche Krankentrolleure.

In Nr. 7 der „Gleichheit“ berichtete etwas scharf Fräulein K. über einen mißglückten Antrag des uns fernstehenden Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellter Frankfurt a. M., die Anstellung weiblicher Krankentrolleure betreffend. Die Artitelschreiberin findet es unbegründlich, daß die Generalversammlung der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M., politisch und gewerkschaftlich organisierte Männer, den Antrag abgelehnt haben, und schiebt alle Schuld dem Kassenvorstand zu. Der Vorstand der Krankenkasse wollte die Vertreter nicht bestimmen, gegen die Anstellung der weiblichen Krankentrolleure sich zu erklären, sondern er bezweckte, durch eine freie Aussprache die strittige Angelegenheit zu klären. Die Damen hatten sogar das Recht, die zwei Referenten zu stellen, denen kein Korreferent entgegengestellt wurde. Daß sie trotzdem die Versammlung nicht von der Notwendigkeit der Anstellung weiblicher Krankentrolleure überzeugen konnten, liegt an der Sache selbst. Als Vorsitzender der Kasse hatte ich die Pflicht, den Standpunkt des Gesamtvorstandes darzulegen; es war nicht meine Aufgabe, den Antrag zu „empfehlen“ oder besonders gegen ihn aufzutreten. In der den Referaten folgenden Diskussion haben sich alle Praktiker, die Genossen Dorchu, Diener, Hopf usw., gegen den Antrag erklärt. Die Notwendigkeit, weibliche Kranke nur durch weibliche Krankentrolleure besuchen zu lassen, wurde entschieden verneint. Die Antragsteller verkennen das Wesen der Krankentrolleure vollständig. Die Fragen, die ein Krankentrolleur an die Erkrankte zu stellen hat, sind nicht derart, daß es einer „seinfühlenden weiblichen Person peinlich“ zu sein braucht, sie zu beantworten. Mehr als Fragen zu stellen hat ein Krankentrolleur nicht. Deshalb sollen die betreffenden Fragen bloß von einem Weibe gestellt werden können? Warum soll „die Frau im Erkrankungsfall mehr Vertrauen zu ihrer Geschlechtsgenossin, als wie zu dem männlichen Beamten“ haben? Die 10 bis 12jährige Erfahrung der Kassenbeamten hat das Gegenteil ergeben. Unwahre Angaben über Arbeitsverhältnis, Lohnhöhe, Tag der Erkrankung, Ausgehzeit usw. erhalten die Krankentrolleure auch von ihren „Geschlechtsgenossen“. Würde es sich bei der Krankentrolleure wie bei einer ärztlichen Konsultation um eine körperliche Untersuchung der Erkrankten handeln, so läge die Sache anders. Viel Prüderie wird daher durch die Behauptung belundet, daß eine Trennung der Geschlechter auch bei der Krankentrolleure stattfinden müsse, weil es vielen weiblichen Kranken peinlich wäre, von einem Manne besucht zu werden. Sonderbarerweise sind viel mehr Klagen von Männern als von Frauen über die „peinliche“ Krankentrolleure eingelaufen. Wäre es „unfittlich“, daß ein Krankentrolleur eine Erkrankte besuchen muß, die bettlägerig ist, so müßte der Besuch der Frauenabteilungen in Krankenhäusern auch allen Männern verboten werden.

Doch die Frage ist ja ganz falsch gestellt und vertreten worden. Will man, daß auch die Frau Beamtin der Krankenkasse werden soll, so muß sie auch alle Arbeiten ausführen, die in einer Verwaltung vorkommen, da ja männliche und weibliche Kassenmitglieder nicht getrennt geführt werden. Die Krankentrolleure muß auch Männer besuchen, die in ihrem Bezirk erkrankt sind, die Schalterbeamtin aber auch an Männer die Krankenscheine usw. abgeben. Darüber ließe sich reden, wie ich ja auch deutlich genug in der Plenarversammlung erklärt habe. Eine solche Regelung wollen aber die Damen nicht. Wie sie die Sache wollen, das ist technisch und durchführbar. Unglaublich erscheint es den Damen, daß fast die gleiche Anzahl weiblicher wie männlicher Krankentrolleure angestellt werden müßte, wenn nach ihren Vorschlägen gearbeitet werden sollte. Vom Standpunkt der Praxis aus muß man jedoch zu der Ansicht kommen, daß die nach dem Geschlechte gesonderte Kontrolle eine bedeutende Vermehrung der Beamten erfordert. Nehmen wir zum Beispiel an, in der Fahrgasse wären acht männliche und vier weibliche Kranke zu besuchen. Der männliche und der weibliche Krankentrolleur müßten also miteinander die gleiche Straße aufsuchen, die gleichen Wege machen. Sehr oft wohnen aber männliche und weibliche Erkrankte im gleichen Hause, ja in derselben Familie zusammen. Der männliche Krankentrolleur hätte folglich im ersten Stock, die Krankentrolleure im zweiten Stock vorzusprechen. Ja, es kommt nicht selten vor, daß Vater und Tochter, Bruder und Schwester gleichzeitig erkrankt sind. Krankentrolleur und Krankentrolleuse betreten also gleichzeitig die Wohnung der Erkrankten. Krankentrolleur und Krankentrolleuse fahren zusammen nach Harheim, Bibbel, Egelsbach, Langen, ja bis tief in den Laurius oder Odenwald. Wegen einer weiblichen Kranken muß auch die Krankentrolleuse

der Kasse den Ort aufsuchen, Zeit und Geld verträdeln. Oder meinen die Damen etwa, daß die Fabrikarbeiterin in Sarheim nicht das gleiche Recht besitzt wie die Verkäuferin in der Fahrgasse? Die Fabrikarbeiterin kann so „seinsüßig“ als wie die Verkäuferin sein!

Ich habe mich gegen die Vorschläge gewendet, weil sie keine wirklichen Mängel beseitigen können, den Patienten nichts nützen, die Kasse nur unnütz belasten. Würde man fordern, daß die Kontrolleuse auch erkrankte Männer besuchen soll, da man ja sogar Krankenpflegerinnen erkrankte Männer warten läßt, so wäre ich sofort für diesen Vorschlag eingetreten. Ich erklärte ja schon in der Versammlung, daß es sicher Frauen, wenn auch vereinzelt, gibt, die gesonnen sind, die Mühen und Entbehrungen einer Krankenkontrolle, in Wind und Wetter, bei Nacht und Tag, auf sich zu nehmen. Von einem „Monopol“ des „starken Geschlechtes“, die Beamtenstellen einer Krankenkasse zu besetzen, kann keine Rede sein. Bei gleicher Arbeit, die bei einer Krankenkassenverwaltung nötig ist, muß die Beamtin auch den gleichen Lohn wie der Beamte erhalten. Weibliche Kontrolleure könnten nach und nach, zum Beispiel jedes Jahr eine bis zwei, je nach weiterem Bedarf, eingestellt werden. Ich hatte den Damen den Weg gezeigt, der eher zu ihrem Ziele führte, doch diesen Weg wollen sie nicht wählen. Falsch ist es, sich auf andere Klassen zu berufen, die neben 8 bis 10 Kontrolleuren eine Kontrolleuse als „Renommierfrau“ angestellt haben, trotzdem die Kasse 25 bis 30 Prozent weibliche Mitglieder hat. Wenn nur eine Kontrolleuse tätig ist und 75 Prozent aller weiblichen Erkrankten doch von Männern besucht werden, so ist diese Art der weiblichen Kontrolle nur eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Dazu geben sich die organisierten Arbeiter Frankfurts hoffentlich nicht her. Begrüßen würde es wohl jeder, wenn die Frauen und Mädchen sich mehr um die Krankenkasse bekümmern würden; haben doch bei der letzten Wahl der Vertreter nur 132 Frauen abgestimmt!

Frankfurt a. M. Ed. Graf.

Die achte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Aus allen Gauen Deutschlands waren zu den Ostertage 128 Delegierte der organisierten Textilarbeiter nach Mühlhausen i. Th. gekommen, um über den weiteren Ausbau ihres Verbandes zu beraten. Dieser zählt gegenwärtig 90000 Mitglieder, davon ein Drittel Arbeiterinnen. Da ist es denn äußerst verwunderlich, daß keine einzige weibliche Delegierte an den Verhandlungen der Generalversammlung teilnahm. In den einzelnen Orten sollten die Organisationsleiter bestrebt sein, die weiblichen Mitglieder zu allen Verbandsarbeiten heranzuziehen. Dadurch würde die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterinnen wachsen, aber auch deren Interesse an ihrer Organisation und die Liebe zu ihr.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes betrug die Gesamteinnahme des Verbandes 2179313,96 M., die Gesamtausgabe 2084406,75 M. Der Verband hatte 24 Angriffs- und 18 Abwehrstreiks sowie 21 Aussperrungen auszufechten, die zusammen einen Kostenaufwand von 592858 M. verursachten und an denen 37766 Personen beteiligt waren. In 19 Fällen ist ein voller, in 21 ein teilweiser Erfolg erzielt worden; 22 Bewegungen verliefen resultatlos. An den zahlreichen Lohnbewegungen, die keinen Streik zur Folge hatten, waren 20225 Personen beteiligt. In 7 Fällen wurden Tarifverträge mit den Unternehmern abgeschlossen. Die eingeführte Krankenunterstützung hat sich vorzüglich bewährt, aber den Verband ziemlich stark belastet. In den zwei Jahren erhielten 16379 Mitglieder für 322506 Krankheitstage 190413,89 M. an Unterstützung. Die Häufigkeit und Art der Erkrankungen beleuchten grell das Glend des Textilarbeiterstandes. Die Lungenschwindsucht fordert die meisten Opfer. Die häufigen Unfälle werden durch mangelnde Schutzvorrichtungen an den Maschinen verschuldet, nervöse Kopfschmerzen durch den Maschinenlärm. Die stehende Beschäftigung ruft bei den Arbeiterinnen oft Aderbrüche und Unterleibsleiden hervor. Die vom Verband angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit, die vielfach noch 11 Stunden pro Tag beträgt, soll auch eine Verminderung der Krankheitsziffer herbeiführen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung war durch Urabstimmung abgelehnt worden. Die Generalversammlung beschäftigte sich jedoch auf neue mit der Frage und beschloß: „Der Hauptvorstand hat ein Regulativ zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten, selbes mit dem Ausschuss und den Gauleitern eingehend durchzuberaten und dann der nächsten Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Mindestens sechs Monate vor Stattfinden derselben ist der Entwurf zu veröffentlichen.“

Nach ausgedehnter Debatte wurde beschlossen, daß mit dem Jahre 1907 Fachzeitung und Vorstand an ein und demselben Orte ihren Sitz haben sollen. Die Wahl fiel auf Berlin. In einer geschlossenen Sitzung wurde über Tarifverträge und Streiktaktik verhandelt. Die Ergebnisse dieser Beratung sind in einer längeren Resolution niedergelegt, die wir demnächst veröffentlichen werden. Sehr interessant waren die Debatten, die sich an die Berichterstattung vom internationalen Textilarbeiterkongress und vom Kölner Gewerkschaftskongress anknüpften. Sie erwiesen klar, daß die Textilarbeiter bezüglich der Maifeier auf dem Boden der Pariser Resolution stehen, ferner, daß sie sich eng mit der Sozialdemokratie verbunden fühlen und nicht nur die alten Volksrechte erhalten, sondern neue hinzugewinnen wollen.

Zur Frage der Beitragserhöhung wurde ein fakultativer Staffelbeitrag beschlossen, der in der I. Klasse 20,

in der II. 30, in der III. 40 und in der IV. 50 Pf. betragen soll. Der Klasse I können jedoch nur Arbeiterinnen und männliche Personen unter 18 Jahren angehören. In Klasse I und II bleiben die jeweiligen Unterstützungsfälle bestehen; während einer Lohnbewegung kann kein Mitglied einer höheren Klasse beitreten. Die erhöhte Einnahme, die aus den Beiträgen von Klasse III und IV erzielt wird, muß an den Zentralvorstand abgeführt werden. Mitglieder, die erwerbsunfähig sind und zehn Jahre dem Verband angehört haben, werden unter Beibehaltung ihrer Rechte vom Beitrag befreit. Betreffs Gauseinteilung und innere Verwaltung beschloß die Generalversammlung, daß für Brandenburg einer und für Sachsen drei Gauleiter angestellt werden sollen. Dem Vorstand wurde ein Antrag der bayerischen Textilarbeiterkonferenz überwiesen, der forderte, daß für die Agitation unter den Arbeiterinnen eine weibliche Kraft anzustellen ist. Von den Anträgen, die sich auf die Presse bezogen, gelangte unter anderen auch derjenige zur Annahme, daß künftighin neben dem Fachorgan stets die „Gleichheit“ gegeben wird, wenn mehrere Familienglieder dem Verband angehören. Als besoldete Vorstandspersonen wurden Hübisch, Treue, Köffel und Jehm wieder und Jäckel neu hinzugewählt; als Redakteure des Fachblattes Wagener und Krätzig. Der Sitz des Ausschusses wurde nach Gera verlegt.

Hoffen wir, daß die Arbeiten der Generalversammlung recht viel zur Ausbreitung und Stärkung des Verbandes beitragen. Die Kämpfe, in denen das Textilarbeiterstandes steht, und denen es entgegengeht, fordern dringend steigende Macht der Organisation. Das sollten insbesondere auch die Textilarbeiterinnen begreifen, die ein hervorragendes Interesse an der Verkürzung der Arbeitszeit haben. Dem Verband anzugehören und für den Verband zu agitieren, das müßte jede Arbeiterin in den Fronten der Textilarbeiter als Pflicht und Ehre empfinden.

K.

Der Kampf um die Rente.

Von E. G.

(Fortsetzung.)

Nachdem auch diese Formalitäten erledigt waren, kam endlich ein wirklicher Rentenbescheid. Frau Weber hatte sich aber zu früh gefreut, als sie hoffte, daß sie die im Bescheid angegebene Summe gleich erheben würde, um die notwendigen Ausgaben bestreiten zu können. Es wurde ihr von Hartmann die Aufklärung, daß dies nur der erste Bescheid, der „Vorbeseid“ sei und das Geld erst nach Empfang des zweiten Bescheids, des sogenannten berufungsfähigen Bescheids, durch eine Quittung an der Postkasse erhoben werden könnte. Wichtig sei, diesen Bescheid zunächst auf seine Richtigkeit zu prüfen. Größtenteils sei aus dem Schreiben, so erklärte Hartmann der Frau des Verletzten, daß die Berufsgenossenschaft den Unfall als Betriebsunfall anerkenne und die Kosten des Heilverfahrens ab 14. Unfallwoche übernommen habe. Frau Weber meinte, das sei doch selbstverständlich, ihr Mann habe ja einen Unfall erlitten. Daraufhin wurde sie von Hartmann belehrt, daß nicht bei allen Unfällen ein solcher Bescheid erfolge. Wäre Weber zum Beispiel auf dem Wege zur Arbeit oder von der Arbeit einen Schritt vor dem Fabrikort verunglückt, so hätte die Berufsgenossenschaft die schöne Ausrede gefunden, daß das kein „Betriebsunfall“ sei. Dann wäre die Notlage noch größer. Der Verletzte würde erst 26 Wochen Krankenunterstützung erhalten haben und danach die Invalidenrente, vorausgesetzt, daß er noch mehr als 66% Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt blieb. Die Invalidenrente würde jedoch nur 15 bis 16 M. im Monat betragen. Wichtig sei jetzt für sie die angegebene Lohnhöhe zu prüfen, da sich ja die Rente nach der Höhe des Lohnes richte. In dem Bescheid war vermerkt, daß der Jahresarbeitsverdienst 1220 M. betragen habe, folglich die Rente auf 732 M. pro Jahr gleich 61 M. pro Monat berechnet sei. Nach diesen Zahlen stimme wohl die Rentenberechnung, da die Rente für die Familie des Verletzten nur 60 Prozent gleich drei Fünftel des Lohnes betrage. Der Lohn selbst komme ihm jedoch zu niedrig vor. Ein erfahrener Dreher müßte doch mehr als 23 bis 24 M. pro Woche verdienen, zumal bei dem flotten Geschäftsgang der Fabrik, wo zeitweise in Akkord mit Überstunden gearbeitet werde. An der Hand der von Frau Weber herbeigeholten Lohnzettel, die der Verletzte sein äußerlich aufbewahrt hatte, berechnete nun Hartmann, daß der Jahresverdienst desselben im letzten Jahre mehr als 1220 M., nämlich 1356 M. betragen habe. Hartmann gab der Frau deshalb auf, bei dem nächsten Besuche den Verletzten extra über die Richtigkeit dieser Lohnaufstellung zu befragen, und gab ihr ein Schreiben an die Berufsgenossenschaft mit, in welchem die Lohnhöhe berichtet war, und das der Verletzte noch unterschreiben sollte.

Bei ihrem Besuch im Krankenhaus fand Frau Weber den Verletzten etwas besser vor. Es wurde ihr der Bescheid, daß derselbe jetzt bald entlassen werden könnte, da es ihm an häuslicher Pflege jedenfalls nicht mangeln werde. Freudig stimmte dem Frau Weber zu. Von ihrem Gatten erhielt sie den Bescheid, daß Hartmanns Berechnung ganz richtig sei. Nachdem ihr Mann das betreffende Schriftstück unterzeichnet hatte, konnte sie es an die Berufsgenossenschaft absenden.

Hartmann schrieb in der nächsten Zeit mehrere Briefe für Frau Weber an die Berufsgenossenschaft, einstweilen weitere Rentenvorschüsse zu senden, wenn die Rente selbst noch nicht endgültig festgesetzt werden könnte. Sein Ersuchen blieb vergeblich. Der Verletzte wurde inzwischen zur Freude seiner Familie aus dem Krankenhaus entlassen, an eine Arbeitsfähigkeit war jedoch noch lange nicht zu denken. Mühsam konnte er sich nur am Stode fortbewegen. Er war außerstande, für seine Familie etwas zu verdienen, er fiel

ihr zur Last. Die letzten Spargroschen wurden erhoben, um die fällige Miete zu zahlen und den Unterhalt zu bestreiten.

Endlich traf der langersehnte zweite Bescheid von der Berufsgenossenschaft in einem Einschreibebrief ein. Der monierte Jahresverdienst war nicht richtiggestellt und die Rente nach dem Jahresverdienst von nur 1220 M. berechnet worden. Hartmann überzeugte sich, daß wenigstens die 60 Prozent von dieser Lohnhöhe mit 61 M. pro Monat für die Familie richtig berechnet waren. Er gab der Frau die Weisung, den angewiesenen Betrag ruhig von der Post zu erheben, da sie dadurch ihrer Rechte nicht verlustig gehe.

Nachdem die fällige Familienrente von der Post erhoben und der Rentenbescheid entbehrlich war, machte sich Hartmann daran, die Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung auszuarbeiten. Er führte darin aus, daß der wirkliche Arbeitslohn des Verletzten vor dem Unfall laut Lohnzetteln sich auf 1356 M. pro Jahr gestellt habe. Dieser Betrag müsse der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden, da der Verunglückte mehr als ein Jahr im Betrieb der Firma tätig gewesen sei. Die Berufung mußte in drei Exemplaren geschrieben werden. Es war erforderlich, daß zwei davon von Weber unterzeichnet als Einschreibebrief innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung des letzten Bescheides an bei dem Schiedsgericht einliefen. Das dritte Exemplar bewahrte Hartmann bei seinen Akten auf für spätere Fälle.

Inzwischen hatte die Berufsgenossenschaft von der Verwaltung des Krankenhauses Kenntnis davon erhalten, daß Weber entlassen worden war. Sie erteilte demselben etwas später den Bescheid, daß ihm „vorläufig“ noch die Vollrente aus dem früher angegebenen Jahresverdienst von 1220 M. gewährt würde. Wieder mußte Hartmann dem Verletzten Aufklärung über den Sachverhalt geben. Weber konnte nämlich nicht einsehen, daß eine Rente von „100 Prozent aus 1220 M.“ nur den Betrag von 813,84 M. ergebe! Hunderd Prozent seien doch von 1220 M. gleich 1220 M., meinte er treuherzig, das habe er doch in der Schule gelernt. Hartmann gab ihm aber die Antwort, daß die Berufsgenossenschaft mit dem sogenannten „Gegeneinanderrechnen“ rechnen und der Rente nur zwei Drittel des Jahresverdienstes zugrunde legen. Nur wenn ein Verletzter infolge seiner Hilflosigkeit ständig auf fremde Pflege angewiesen sei, womöglich nicht mehr allein essen könne, erhalte er laut Gesetz die sogenannte Hilflosenrente mit 100 Prozent des wirklichen Lohnes, sofern dieser nicht 1500 M. pro Jahr übersteige. Was über 1500 M. sei, werde nur zu einem Drittel angerechnet, so daß ein Verletzter mit 1800 M. Jahreseinkommen nur ein solches von 1600 M. angerechnet bekomme.

Das Schiedsgericht hatte inzwischen die Berufung Webers „bearbeitet“ und dieser erhielt die Ladung zum Termin. Auf der Karte war vermerkt, daß es dem Verletzten frei stehe, zum Termin zu kommen, und „im Falle seines Ausbleibens werde nach Lage der Akten entschieden“. Hartmann gab daher den Rat, keinen Vertreter zum Termin zu schicken, da die Fahrkosten nicht ersetzt würden.

Noch ehe das Schiedsgericht sein Urteil gesprochen hatte, erhielt Weber von der Berufsgenossenschaft ein Schreiben, daß er sich bei dem Vertrauensarzt Dr. Meßer vorzustellen habe. „Was kann der Arzt an meinem traurigen Zustand ändern?“ meinte Weber erstaunt. Auf Anraten Hartmanns schleppte er sich jedoch zu dem als mürrischen Manne bekannten Kreisarzt, um auch diese „Formalität“ zu erfüllen. Wie erstaunte er jedoch, als ihm von diesem Herrn der kahlbaldige Bescheid wurde: „Sie sind ja völlig geheilt, arbeiten Sie nur, das ist für Sie sehr gesund.“ Verwundert erlaubte sich Weber die bescheidene Frage: „Wo soll ich denn in diesem Zustand arbeiten? Ich kann doch so unmöglich in die Fabrik gehen, zumal ich ohne Stod mich gar nicht fortbewegen kann?“ „Wo Sie arbeiten, ist mir ganz egal, sitzende Beschäftigung ist Ihnen möglich,“ wurde ihm als Antwort, Weber sah, daß jedes Wort überflüssig war, und begab sich feufzend auf den Heimweg. Hartmann jedoch fand auch jetzt wieder Worte des Trostes. Der Verunglückte möge erst einmal den Bescheid der Berufsgenossenschaft abwarten, und wenn dieser ungünstig ausfalle, so wäre ja immer noch das Schiedsgericht usw. da, erklärte er.

Schneller als man glaubte kam die Antwort der Berufsgenossenschaft. Sie war leider äußerst ungünstig. Gestützt auf das Gutachten ihres Vertrauensarztes setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 66% Prozent herab. Bis der zweite Bescheid komme, müsse man handeln, meinte Hartmann, und sehen, ein Gegengutachten von einem anderen Arzt zu erhalten. Weber hatte jedoch Pech. Jeder Arzt erklärte ihm mehr oder weniger freundlich, er habe ihn ja gar nicht behandelt und stelle „prinzipiell“ nur Gutachten aus, wenn diese „amtlich“ verlangt würden. Die einzige Hoffnung war, ein Gutachten vom Oberarzt des Krankenhauses zu erhalten, der doch Weber lange genug „behandelt“ hatte. Doch auch von dessen Seite wurde ihm der „freundliche“ Bescheid, daß keine Gutachten für Private ausfertigt würden. Weber solle sich nur an das Schiedsgericht wenden und Nachunterstützung verlangen.

Mit dem zweiten Bescheid traf auch fast gleichzeitig das Urteil des Schiedsgerichts ein, welches günstig ausgefallen war und dem Verletzten den Jahresverdienst von 1356 M., wie beantragt, zugesprochen hatte. Weber schöpfte deshalb neue Hoffnung und unterschrieb beruhigter die von Hartmann angefertigte neue Berufung an das Schiedsgericht, worin die Vollrente mit der Begründung gefordert wurde, daß von keiner Arbeitsfähigkeit des Verunglückten die Rede sein könne, wie das einzufordernde Obergutachten ja sicher beweisen werde.

(Fortf. folgt.)

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In letzter Zeit wurde in Nürnberg eine ganz besonders rege Agitation unter den Handelsangestellten betrieben. Bekannt ist, wie schwer es hält, diese Kategorie von Ausgebeuteten der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Zumal gilt das von den Verkäuferinnen, die meist keine Ahnung von dem Zweck der Organisation haben und den Versammlungen fern bleiben. Es ist daher um so erfreulicher, daß die letzte Versammlung der Handelsangestellten von einem großen Teil der Verkäuferinnen sämtlicher Warenhäuser und feinsten Detail- und Spezialgeschäfte besucht war. Mit Interesse folgten sie den Ausführungen über die Ziele der Organisation, und während manche sofort ihren Beitritt zum Zentralverband der Handlungsgehilfen erklärten, nahmen andere die Aufnahmeformulare mit nach Hause, um sie dann ausgefüllt ins Arbeitersekretariat zu schicken. Bis jetzt ist es gelungen, 40 Verkäuferinnen dem Zentralverband zuzuführen. Die Verkäuferinnen der sechs Filialen des Konsumvereins sind sämtlich organisiert und eifrige Agitatorinnen für ihre Gewerkschaft. Die Organisation der Handlungsgehilfen hat ebenfalls Fortschritte gemacht. — Weitere Versammlungen fanden in Nürnberg statt für die Gemeindefabrikanten, die Fabrikarbeiter und die Arbeiterinnen der Specksteinfabrik von Schwarz. Bei den Gemeindefabrikanten referierte die Unterzeichnete über den „Entwicklungsgang der Gewerkschaften Deutschlands“. Die Versammlung war sehr gut besucht, und ganz besonders hatten die Männer nicht vergessen, die Frauen und Töchter mitzubringen. Die Versammlung der Arbeiterinnen der Specksteinfabrik von Schwarz beschäftigte sich mit den erhobenen Klagen über allzu schlechte Bezahlung und rohe Behandlung, die vierzehnjährigen Mädchen mühten die ungemächlichen Redensarten mit anzuhören. — In Röhrenbach bei Lauf hatten die Fabrikarbeiter an einem Sonntagnachmittag eine Versammlung arrangiert, deren Thema lautete: „Wofür müssen sich unsere Frauen interessieren?“ Aber die Röhrenbacher Fabrikarbeiter hatten ihre Rechnung ohne den katholischen Geistlichen Arbeiterverein gemacht, der in seinem Betrieb, der Elektrogalvanischen Kohlenfabrik von Conradi, 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die vollkommen abhängig von ihm sind, wie wir später noch berichten werden. Als die beiden Herren hörten, daß man gewagt hatte, die Frauen zu einer Versammlung einzuladen, beraumten sie sofort eine Erbauungsstunde für Frauen und Mädchen in der nämlichen Zeit an, zu der die Versammlung tagte. Ihr Zweck wurde erreicht. Nur ein halbes Duzend Frauen war in der überfüllten Versammlung anwesend, der auch Betriebspizel beimohnten behufs Denunziation der Arbeiter, die es wagen würden, für eine Verbesserung ihrer überaus traurigen Lage einzutreten. Unsere Aufklärungsarbeit muß bewirken, daß auch derartige schmachtvolle Erscheinungen aufhören, daß kein Proletarier mehr zum elenden Verräter an sich selbst, an seiner Familie und seinen Arbeitsbrüdern wird.

Helene Grünberg.

Mitte April referierte Genosse Breil in einer Frauenversammlung zu Hagen i. W. über „Die Stellung der Frau zur Sozialdemokratie“. Er beleuchtete das große Interesse, das die Frauen als die rechtlosesten Glieder des Staates an der modernen Arbeiterbewegung haben, und mahnte die Genossinnen, sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Partei zu stellen und bei den kommenden Wahlen tatkräftige Hilfe zu leisten. Am Schlusse seines Referates, welches mit großem Beifall entgegengenommen wurde, legte Genosse Breil den Frauen ans Herz, sich fester denn je zusammenzuschließen, fleißig für die „Gleichheit“ und die „Freie Presse“ zu agitieren und ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie durch freiwillige Beiträge zu bekunden.

In Düren fand Anfang April eine Frauenversammlung statt, in welcher Genosse Hengsbach-Köln über „Kinder-mord und Frauenfrage“ referierte. Die Schilderung der entsetzlichen Ausbeutung, welche die Kinder in der Fabrik- und Werstattindustrie, der Heimarbeiter, im Handel und in der Landwirtschaft in den letzten hundert Jahren erlitten haben, klang in der Aufforderung aus, unermüdet für den Sozialismus zu wirken, denn nur er könne dem Elend der Kinder-ausbeutung ein Ende bereiten. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Auf Veranlassung der Gewerkschaften der Metall-, Blumen- und Blätter-, Hut- und Glasarbeiter sprach Genossin Lungwiz-Dresden über: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation“ und zwar in Plauen und in Pieschen bei Dresden. Beide Versammlungen waren vom Metallarbeiterverband einberufen und der ersteren wohnten circa 300, der letzteren circa 700 Personen bei, zahlreiche Frauen und Mädchen, die in den Eisen- und Blechwerken beschäftigt sind. In Pirna tagte eine Versammlung, die sich vor allem an die Heimarbeiter in der Blumen- und Blätterindustrie wendete. War sie auch schwach besucht, so wurden doch 22 neue Mitglieder dem Verband zugeführt. Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutindustrie fanden im Saale der Zentralhalle in Dresden, sowie in Lungwiz bei Kreischa statt. Der Versammlungsbefuch in Dresden war zwar nicht schlecht, doch hätte er in Anbetracht der vielen in der Strohhutbranche beschäftigten Frauen und Mädchen noch ein weit größerer sein müssen. In Lungwiz, wo hauptsächlich Heimarbeiter in Frage kommen, waren über 200 Personen anwesend. Auch hier wurden dem Verband neue Mitglieder zugeführt. Der Versammlung der Glasarbeiter in Weißwasser O.-L. wohnten circa 600 Personen bei. In allen Versammlungen fanden die Ausführungen der Referentin über den Wert und Nutzen der

Organisationen Zustimmung, ebenso ihre Aufforderung, daß Proletarier und Proletarierinnen sich auch politisch zusammenschließen und für die Verbreitung der Arbeiterpresse sorgen müßten. Sämtliche Versammlungen waren überwiegend von Frauen besucht und führten den in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen neue Mitglieder zu. Möge der Gewinn ein dauernder sein.

B. L.

Für den Gau Nordwest des Textilarbeiterverbandes unternahm die Unterzeichnete kürzlich eine Agitationstour, welche sie nach den Orten führte: Osternburg, Qualenbrück, Osabrück, Bramsche, Elmshorn, Delmenhorst, Hemelingen, Vegesack, Neumünster, Iphoe, Wellingdorf bei Kiel, Altona, Bremen, Hannover, Linden, Wülfel, Braunschweig, Hameln, Osterode, Kassel und Melsungen. überall stand das Thema zur Behandlung: „Der Kampf ums Dasein der Textilarbeiter und die Stellung der Frau“. Die Versammlungen waren meist sehr gut besucht, manchmal sogar überfüllt. Der Besuch war nur in Orten schwach, in denen der Textilarbeiterverband noch wenige Mitglieder zählt. Der Mitgliederbestand der Organisation wurde vermehrt, wenn auch leider nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Über das ungeheure Elend, in welchem die Textilarbeiter-schaft Nordwestdeutschlands lebt, werden wir später noch berichten. Es ist höchste Zeit, daß hier die Gewerkschaft helfend eingreift. Das kam auch in den Diskussionen zum Ausdruck, die sich an die Ausführungen der Rednerin schlossen. Den Textilarbeitern und -arbeiterinnen wird nirgends ein besseres Los in den Schoß fallen. Sie müssen sich in ihrer Berufsorganisation zusammenscharen und sich ein solches erkämpfen.

Martha Jeehe.

Im März berief die Unterzeichnete in Magdeburg, alte und neue Neustadt und Buckau drei große Volksversammlungen ein, in welchen Genosse Schmidchen über „Konsumgenossenschaften“ sprach. Die außerordentlich große Beteiligung an ihnen bewies, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen die große Bedeutung der Konsumgenossenschaften für ihre Lebenshaltung immer mehr einsehen. Mit Befriedigung verzeichnen wir, daß die Frauen circa zwei Drittel aller Erschienenen bildeten. Die Versammlungen waren in gewisser Hinsicht ein Protest gegen das Treiben der Gegner der Genossenschaften, insbesondere gegen das Vorgehen der Staatsbehörden, demzufolge vor zwei Jahren viele Lehrer und nahezu 3000 Eisenbahn- und Postangestellte aus dem Konsumverein für Magdeburg-Neustadt ausgetreten sind. Als bestes Mittel gegen derartige Mischenschaften empfahl der Referent eine unermüdete, kräftige Agitation zugunsten der Konsumgenossenschaften. Um eine solche planmäßig und wirksam durchführen zu können, wurde in den Versammlungen eine Kommission gewählt, die aus zwölf Frauen besteht und auch für die Information der Verwaltung der Konsumgenossenschaft zu sorgen hat. Die Versammlungen haben ihren Zweck nicht verfehlt. Bis Ende März hatten bereits 500 neue Mitglieder ihren Beitritt zum Verein angemeldet, der jetzt wieder circa 17000 Mitglieder zählt. Bei dem stetig wachsenden Interesse der werktätigen Bevölkerung am Genossenschaftswesen darf man hoffen, daß der Konsumverein für Magdeburg-Neustadt bald ähnliche Erfolge aufzuweisen haben wird wie die Vereine in Hamburg, Dresden, Leipzig und anderwärts.

Marie Schmielewski.

Die organisierten Hafenarbeiter Mannheims veranstalteten Anfang April für ihre weiblichen Angehörigen eine Frauenversammlung. Obgleich es sich um einen ersten Versuch handelte, die Frauen mit der Bewegung bekannt zu machen, hatte die Verbandsleitung den großen Saal der Zentralhalle gemietet. Der Besuch der Versammlung rechtfertigte diesen Schritt. Die Frauen waren sehr zahlreich erschienen und hatten zum großen Teil ihre Männer mitgebracht. Mit lebhaftem Interesse lauschten sie dem Vortrag des Genossen Seidel über: „Die Frau als Gefährtin des Mannes im Klassenkampf“. Der Referent schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell an die anwesenden Frauen und Männer, sich fest zum Befreiungskampf des Proletariats zusammenzuschließen. Der stürmische Beifall, der ihm zuteil wurde, bewies, daß seine Worte in den Herzen der anwesenden Frauen einen Widerhall gefunden hatten. In der Diskussion wies Genossin Hoffmann unter lebhafter Zustimmung der Versammelten auf die Notwendigkeit hin, daß die Frauen im Klassenkampf treu an der Seite der Männer stehen müßten. Genossin Reidig forderte zum Eintritt in die Parteiorganisation auf. Ihrem Ersuchen kamen sofort 24 Frauen nach. Die Veranstaltung brachte einen sehr befriedigenden Erfolg und verdient Nachbeachtung.

Frau M. Seidel.

Agitation unter den sächsischen Bergarbeiterfrauen. Vom Verband der Bergarbeiter ward eine Agitationstour durch das Königreich Sachsen arrangiert, die vornehmlich der Aufklärung der Bergmannsfrauen galt. Nicht um diese für den Verband zu gewinnen: sie arbeiten ja, abgesehen von einigen Ausnahmen, nicht im Bergwerk. Zweck der Agitation war vielmehr, den Gesichtskreis der Bergarbeiterfrauen zu erweitern, ihr Klassenbewußtsein zu wecken, sie aus Feinden der Arbeiterbewegung zu Freunden derselben zu verwandeln, sie auf die Bahn zu geleiten, die hinausführt aus dem Egoismus des „Nurhausmütterchens“ zur Solidarität der Klassenkämpferin. Die Aufklärungsarbeit war von gutem Erfolg begleitet. In Senftenberg gewannen wir außer circa 50 Abonnenten für die „Gleichheit“ eine weibliche Vertrauensperson. Auch in Reichenau und Parthau bei Zittau wurde die „Gleichheit“ eingeführt und durch die Wahl von Vertrauenspersonen der Grund zu einer planmäßigen Agitation unter den Frauen gelegt. Die Versammlungen in Zankerode und Neu-Säßlich wiesen überwiegend männliche Besucher

auf. Die Vertrauensmänner der beiden Orte versprachen jedoch, in der Folge mehr Gewicht auf die Hinzuziehung der Frauen zu legen. Vom Plauenschen Grund ging die Fahrt nach dem Erzgebirge. Hier tagten Versammlungen in Olshitz, Röblich, Lugau und Gersdorf, die sehr gut, die ersten beiden sogar glänzend besucht waren. In diesen Versammlungen fand die „Gleichheit“ je 60 bis 120 Abonnenten, und in drei Orten, wo wir bisher noch keine weibliche Vertrauensperson hatten, wurde eine Genossin für den Posten gewonnen. Die Versammlung in Borna fiel schon in das Gebiet der im Streit befindlichen Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands. Hier galt es vor allem, die unbedingte Notwendigkeit der Durchführung der gestellten Forderungen nachzuweisen und den Kampfesmut der Streikenden zu beleben. Nach Beendigung des Streiks wird der Kreisvertrauensmann, Genosse Noack, für die Inangriffnahme einer planmäßigen Frauenagitation Sorge tragen. Die Versammlungen in Niederplanitz und Zwickau bildeten den Schluß der Tour. Waren beide auch nicht so stark besucht, wie wir erwartet hatten, so brachten sie uns doch eine Anzahl Abonnenten auf unsere Zeitung; die Leiter der Bergarbeiterorganisation und Genosse Schubert vom „Sächsischen Volksblatt“ versprachen, in nächster Zukunft dafür zu sorgen, daß in Zwickau, dem § 10 unseres Organisationsstatuts entsprechend, eine weibliche Vertrauensperson gewählt wird. Zuñ hier wäre es recht nötig, die Frauen für die Bewegung zu gewinnen. In Zwickau, wie überall, wo Versammlungen stattfanden, fanden wir fast Haus für Haus die Frauen und Kinder in der erbärmlich entlohten Heimarbeiter tätigkeit, sei es an Strickmaschinen, bei Kollerarbeiten, Spachtelarbeiten, beim Bordieren, Handschuhnähen usw. Welche schwere Anlage enthält diese Tatsache nicht gegen die Bergwerksbesitzer, die für die schwere, ungesunde, lebensgefährliche Arbeit die Grubenproletarier so jämmerlich entlohten, daß deren Frauen und Kinder von der Not zur Erwerbsarbeit gepeitscht werden. Es zeugt von einer rühmlichen Weite des Blickes, daß die Bergarbeiter, ohne auf einen unmittelbaren Erfolg für ihre Organisation zu rechnen, im Interesse der Allgemeinbewegung sich mit der Aufklärungsarbeit an Männer und Frauen wenden. Scheinbar hat von dieser Tour mehr die politische und die Textilarbeiterbewegung Vorteil gehabt, in Wirklichkeit ist sie jedoch der Arbeiterbewegung im allgemeinen zugute gekommen, und die Rückwirkung davon auf die Bergarbeiter wird auch deren Organisation im besonderen zum Nutzen gereichen. Die Bergarbeiterfrauen, die sich politisch betätigen oder, soweit sie Textilarbeiterinnen sind, ihrem Verband angeschlossen haben, werden nie ihren Männern hindernd in den Weg treten, wenn diese sich organisieren, ihre Gewerkschaft ausbauen und stärken wollen. Sie werden sie vielmehr anfeuern und damit das Heer der Klassenkämpfer mehren und stärken. Überall in der proletarischen Frauenwelt schlummern Kräfte, die nur der Erweckung harren und die im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes genügt werden müßten. Wo immer diese Kräfte geweckt werden, erfährt die Arbeiterbewegung eine Kräftezufuhr, gewinnt sie an Schlagfertigkeit und Siegesfähigkeit zu Ruh und Frommen der Arbeiterklasse und deren einzelnen Organisationen.

Luise Bieg.

Von den Organisationen. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin, der jetzt sieben Jahre besteht, hielt seine Generalversammlung ab. Der sehr zahlreiche Besuch zeigte, daß die Mitglieder ein sehr lebhaftes Interesse an den Aufgaben und der Fortentwicklung der Organisation nehmen. Die beiden Vorsitzenden erstatteten Bericht. Sie stellten fest, daß die Vorträge außerordentlich gut besucht waren. Auch die künstlerischen und gefelligen Veranstaltungen hatten allgemeinen Anklang gefunden. Besonders hervorzuheben ist die Führung durch die Meunier-Ausstellung unter Leitung von Dr. Osborn, welche eine der größten und nachhaltigsten Eindrücke für unsere Mitglieder bedeutete. Die gefelligen Zusammenkünfte, die öfter stattgefunden haben, sind in hervorragender Weise geeignet, die Mitglieder einander näher zu bringen, auch bilden sie für die Arbeiterin eine schöne Unterbrechung des Alltagslebens. Die wichtigste Aufgabe unseres Vereins wird jedoch immer die bleiben, seine Mitglieder über die Probleme unserer Zeit durch Vorträge aufzuklären, sie zu selbständigem Denken zu erziehen, zur Erkenntnis ihrer Lage zu bringen und sie zu bewußten Kämpferinnen für unsere Ziele zu machen. Die Bibliothek des Vereins hat sich um eine große Anzahl Bände vermehrt. Die lebhafteste Nachfrage war nach Bebel's Werk: „Die Frau und der Sozialismus“. Unstritten ist noch immer die Frage der Wanderversammlungen. Ein großer Teil der Mitglieder tritt für regelmäßige Versammlungen nur im Zentrum ein, andere wünschen zahlreichere Wanderversammlungen. Wenn wir bisher mit den Wanderversammlungen auch noch keine sehr günstigen Resultate erzielt haben, werden dieselben jedoch nicht unterbleiben. Der Berliner Verein zählt jetzt gegen 500 Mitglieder. Das ist für Berlin noch eine geringe Zahl; aber wir müssen konstatieren, daß viele unserer Mitglieder in weiten Kreisen für unsere Ideen kämpfen, und wir sind ebenfalls befriedigt, wenn wir die Frauen für ihre Berufsorganisationen gewinnen. Bleibt ihnen dann noch Zeit und Geld für uns — desto besser.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse für Weipensee und Umgegend hielt im April eine öffentliche Frauenversammlung ab, an der auch viele Genossinnen teilnahmen. Genosse Dr. Lewenstein hielt einen Vortrag über „Die Prostitution“, der sich auf umfangreiches statistisches Material stützte. In der Diskussion wurde allseitig auf die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen hingewiesen als auf ein Mittel,

der Prostitution entgegenzuarbeiten. Genosse Harms betonte die große Bedeutung einer guten Lektüre für die Frauen und empfahl die „Gleichheit“ und den „Vorwärts“ zum eifrigen Studium. Am Schlusse der Versammlung forderte die Vorsitzende zum Beitritt in den Frauenverein auf und zum Besuch eines Vortragszyklus des Genossen Maurenbrecher.

Kurt Fuhrmann.
Die junge Frauenbewegung in Mülhausen i. Lh. wurde Mitte April durch Genossin Kähler gefördert, welche ihre Anwesenheit gelegentlich der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes zu einem Referat für die Leserinnen der „Gleichheit“ benutzte. Genossin Kähler kritisierte scharf die kapitalistische Ausbeutung der Frauen und Kinder, die Politik des Brotwuchers, welche durch den neuen Zolltarif die Lebenshaltung verteuert hat, und den volksfeindlichen Militarismus. Sie forderte alle Proletarierinnen auf, mit ganzer Seele an dem Befreiungskampf ihrer Klasse teilzunehmen, damit die heutige Gesellschaftsordnung, die Urheber alles Elendes, bald gestürzt werde.

H. P.
Der Parteitag der oberrheinischen Genossen, der in Zrier stattgefunden hat, war von 40 Delegierten besucht. Unter ihnen befand sich zum erstenmal eine Genossin, Frau Outgesell-Zrier, der aber von der Polizei die Beteiligung an den Beratungen verwehrt wurde. Eine beträchtliche Anzahl Genossinnen als je zuvor wohnten als Gäste den Verhandlungen bei, ein Zeichen, daß auch in dieser Zentrumsdomäne die proletarischen Frauen immer mehr zum Klassenbewußtsein erwachen und für ihre Befreiung kämpfen wollen. Erhöhtes Interesse gewann der Parteitag für die Genossinnen auch dadurch, daß seitens des Agitationskomitees wie der Delegierten betont wurde, die Agitation unter den Frauen solle weit intensiver als bisher betrieben werden. Der Wert der Presse im allgemeinen für die Aufklärung der Frauen und der erzieherische Wert der „Gleichheit“ im besonderen wurde hervorgehoben und empfohlen, für ihre Verbreitung zu wirken. Ein Genosse begründete die Notwendigkeit der Agitation unter den Frauen mit dem großen Einfluß, den am Rhein die Kirche noch mittels der unaufgeklärten Frauen auf die Männer ausübt. Wie mancher Genosse ist nicht verloren gegangen, weil sein Weib seine Ideale nicht teilte und mit jähem Ausdauer ihm seine agitatorische Tätigkeit verleidete. Ein Antrag, der Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung“ eine Beilage zu geben, deren Inhalt besonders die Frauen interessiere, gelangte zur Annahme, auch wurde vorgeschlagen, in der Zeitung durch Kürzung der Reichstagsberichte mehr Raum für Beiträge zur Aufklärung der Frauen zu schaffen. Hoffentlich werden die Anregungen zur Förderung der proletarischen Frauenbewegung, welche der Bezirksparteitag gebracht hat, von günstigstem Einfluß sein. Mädchen der oberrheinischen Genossinnen eine recht energische Wirksamkeit entfalten, damit in ihrer Heimat der sozialistische Gedanke mehr Anhängerinnen gewinnt, damit die Zahl der Proletarierinnen wächst, die opferfreudig mit den Genossen zusammen im Dienste der Partei tätig sind. Der nächste oberrheinische Parteitag zu Koblenz muß ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung am Rhein werden.

Frau Heusinger.
Die Beteiligung der klassenbewußten Proletarierinnen an der Maifeier ist dieses Jahr eine außerordentlich starke gewesen und hat das Ihrige dazu beigetragen, diese zu einer imposanten Demonstration für den Achtskündentag, die internationale Solidarität des Proletariats und das Wahlrecht zu gestalten. Eine größere Zahl von Frauen als je zuvor nahm an den Maiveranstaltungen besonders in den Orten teil, wo die proletarische Frauenbewegung sich bemüht, die Ziele, denen die Kundgebung gilt, in die Massen der Proletarierinnen zu tragen. Es versteht sich von selbst, daß die rednerisch tätigen Genossinnen im Dienste der Maifeier standen. So in Berlin und den Vororten die Genossinnen Baader, Wehl, Altmann, Zbrer und andere noch, in Stuttgart Genossin Zeitkin, in der Frankfurter Gegend Genossin Zieh, in Nürnberg und Bach Genossin Grünberg. Besonders interessant war die Maiversammlung in Bach, einem kleinen, stillen Dörfchen, dessen Proletarier in die Sprengstoffabrik Betrieb Stadeln gehen. Die Fabrikleitung mußte den 1. Mai freigeben, weil die beschäftigten Frauen und Mädchen für die betreffende Forderung gestimmt hatten, und ihr Votum war ausschlaggebend. Die Maidemonstration hat allerorten dem Heer der zielbewußten Klassenkämpfer neue Streiterinnen gewonnen. Der Befreiungsgedanke des Proletariats marschiert.

Politische Rundschau.

In Frankreich haben die allgemeinen Neuwahlen zur Volksvertretung stattgefunden. Die Reaktionen aller Schattierungen, Monarchisten, Merikale und nationalistische Republikaner, hofften auf einen großen Erfolg. Sie spekulierten darauf, daß die Fehler, die seitens der Regierung und der Mehrheitsparteien bei dem Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat durch die überflüssige polizeiliche Inventuraufnahme gemacht waren, einen Umschwung zu ihren Gunsten hervorgerufen hätten. Es zeugte von der politischen Reife des französischen Volkes, daß es sich durch das Merikale Liebeswerben nicht irre machen ließ, sondern den Reaktionen eine Niederlage bereitete. Sie hatten auf etwa 40 Mandatsgewinne gehofft. Die Wahl vom 6. Mai hat ihnen jetzt schon einige zwanzig Mandatsverluste beigebracht. Die Stichwahlen werden diese Verluste vermutlich noch erheblich vergrößern. Das wichtigste Ergebnis der Wahlen ist aber das Anschwellen der sozialistischen Stimmen. Die geeinte Partei hat gegenüber den Resultaten der ungeeinten Fraktionen bei den vorigen Wahlen diesmal insgesamt etwa eine Viertelmillion Stimmen gewonnen und bei den Hauptwahlen be-

reits drei Mandate erobert. Die Stichwahlen werden ihr sicher weitere Gewinne einbringen. Aber der Mandatsgewinn ist ja immerhin nebensächlich. Die Hauptsache bleibt für uns stets der Stimmengewinn, der den unaufhaltsamen Vormarsch des sozialistischen Gedankens auch in Frankreich dokumentiert.

Gleichzeitig sind auch die Dumawahlen in Rußland zu Ende gebracht worden. Für das Klassenbewußte Proletariat war eine Mandatszeroberung durch das siebenfach gestiebte Klassenwahlrecht unmöglich gemacht worden. Die russische Sozialdemokratie empfand dieses Dumawahlrecht als einen Schlag ins Angesicht des Proletariats. Sie hat in ihrer revolutionären Propaganda deshalb nicht nachgelassen, um Staat und Gesellschaft zu weiteren Konzessionen zu nötigen. Indem das Proletariat von den Wahlerfolgen durch das raffiniert ausgelegte Wahlsystem ausgeschaltet wurde, war die Bahn frei gemacht für die liberalen Elemente des russischen Bürgertums. Sie haben denn auch nach den bisher vorliegenden Nachrichten die überwiegende Mehrzahl der Mandate in den Städten und Landschaften errungen. Neben ihnen kommen nur noch die Bauern in Betracht. Vertreter des bestehenden Regimes sind nur in höchst beschränkter Zahl gewählt worden.

Die eigenartige Situation in Rußland ist also jetzt die folgende: Diejenige Bevölkerungsklasse, die das meiste, eigentlich alles zur Zertrümmerung des bürokratischen Absolutismus in Rußland getan hat, die proletarische, ist von der Vertretung in der Reichsduma ausgeschlossen. Die Neuordnung des russischen Staatswesens liegt in der Hand des Bürgertums, das ähnlich wie das deutsche Bürgertum 1848 auf die Probe gestellt ist, ob es den Mut, die Kraft und die Einsicht hat, freiheitliche Einrichtungen in Rußland unter Beseitigung des Bürokratenregiments zu schaffen. Das Programm der konstitutionell-demokratischen Partei (nach den Anfangsbuchstaben ihres Namens L.-d. die „Kadetten“ genannt) ist vom bürgerlichen Standpunkt aus entschieden genug. In den rein politischen Forderungen stimmt es sonst durchweg mit dem der Sozialdemokraten überein. So fordert die L.-d.-Partei das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen. Mit dieser Forderung vor allen Dingen müssen die „Kadetten“ Ernst machen. Dazu können sie in der Duma auch auf die Unterstützung der Bauern rechnen, die zunächst ein starkes proletarisches Empfinden betätigt haben und noch nicht, wie vielfach in Westeuropa, für die Interessen ihrer Erbfeinde, der Großgrundbesitzer, eingefangen sind. Weiter sind völlige Presse- und Versammlungsfreiheit, sowie die Sicherstellung der persönlichen Freiheit vor bürokratischen Übergriffen Grundforderungen, die sichergestellt werden müssen, ehe weitere Einzelreformen sich durchkämpfen lassen. Die russische Sozialdemokratie wird es nicht an der erforderlichen Wachsamkeit fehlen lassen, um die konstitutionellen Demokraten vorwärts zu treiben, oder den Kampf gegen sie aufzunehmen, wenn sie sich mit dem Zarentum und der Bürokratie gegen die Interessen des Proletariats verbünden.

Während in ganz Europa die reaktionären Mächte im Rückzug begriffen sind, während sogar der Zarenabsolutismus im In- und Ausland sein Ansehen völlig eingebüßt hat, sucht die preussische Regierung sich mit mehr Eifer als Geschick als Hort der Reaktion zu betätigen. Wieder einmal wurde die Polizei mobil gemacht gegen die „lästigen Ausländer“. Zu Duzenden wurden Russen und Polen ausgewiesen, wie üblich ohne Angabe von Gründen. Nur Vermutung ist es, daß die weisen Staatslenker damit einen Schlag gegen den „Umsturz“ führen wollten. Sicher ist aber auch diese Annahme nicht einmal, denn die Ausweisungsordere hat wahllos Reiche und Arme, Arbeiter, Studenten und Kaufleute getroffen, sogar Millionäre wurden durch den Was des Polizeipräsidenten von Berlin betroffen, in der Mehrzahl waren es aber Minderbemittelte, die der neuesten Staatsverräterei zum Opfer fielen. Um Protest einzulegen gegen diese den preussischen Staat wie das Deutsche Reich entehrenden Vorgänge wurde von unserer Seite eine Interpellation im Reichstag eingebracht. Während bei früheren Gelegenheiten die Reichsregierung Rede und Antwort gestanden hatte, verlor sie diesmal der unausbleiblichen Blamage aus dem Wege zu gehen, indem sie sich hinter Kompetenzbedenken verlor. Ausweisungen seien Landesache, meinte im Auftrage des Reichstanzlers Graf Posadowsky. Diese sadenscheinige Ausflucht wird ja völlig zerlegt durch die Tatsache, daß das Fremdenrecht der Oberaufsicht durch das Reich untersteht, ganz abgesehen davon, daß die Ausweisungspraxis schon deshalb vor das Forum des Reichstags gehört, weil durch sie die Beziehungen zu den fremden Mächten beeinflusst werden können. Dadurch, daß die Regierung sich von der Verantwortung drückte, entging sie aber nicht der sozialdemokratischen Kritik, die von Bebel in gewohnter Schärfe an dem dunklen Polizeitreiben geübt wurde. Dabei brachte er die erstaunliche Tatsache an das Tageslicht, daß ein Polizeikommissar die Ausweisungsbefugnisse der Landesbehörde dazu auszunutzen versucht hatte, daß er durch Bedrohung mit der Ausweisung einen russischen Kaufmann zu landesverräterischen Untrieben in Rußland zu pressen versuchte. Wie Bebel nachweisen konnte, war die Behörde so weit gegangen, dem Russen einen falschen Paß auszustellen. Die Flucht der Reichsregierung aus der Öffentlichkeit heraus hatte sich sofort gerächt. Es war niemand da, der die Verteidigung dieser Polizeitaten hätte übernehmen können. Wenn nicht früher, wird sie aber bei der Staatsberatung doch Rede und Antwort stehen müssen, denn diese Anwerbung eines Landesverrätters in Rußland läßt sich unter keinen Umständen für eine „rein preussische Angelegenheit“ ausgeben. Man kann gespannt darauf sein, wie die Vertreter der Reichsregierung sich drehen und winden werden, um ihrem Anteil an dieser fürchterlichen Blamage zu entgehen. Selingen wird ihnen das aber nicht.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der dritte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet vom 18. bis 20. Juni in Stettin statt. Auf der Tagesordnung steht außer den Berichten namentlich: Vereinbarung eines Lohn- und Arbeitstarifs mit dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen, Einsetzung eines Tarifamtes und der weitere Ausbau der Organisation des Zentralverbandes und seiner Revisionsverbände. An den Genossenschaftstag schließt sich, wie immer, die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, ferner die des neuen Verbandes der Vorstandsmitglieder an.

Der Entwurf eines Tarifs für die Magazin- und Transportarbeiter schließt sich den bereits mit anderen Verbänden abgeschlossenen Tarifabmachungen im wesentlichen an. Vorgehen ist die Einteilung der Konsumvereine in Gruppen, nach der Art und dem Umfang des Betriebs und die Bildung von Ortsklassen mit prozentualen Zuschlägen zu einem Grundlohnfuß in Höhe von 2/3 bis 25 Prozent (Berlin und Hamburg). Der Grundlohn soll für männliche Arbeiter mit 19 beziehungsweise (für Kutscher und Stallente mit 66 statt der sonst festgesetzten 58 Stunden Wochenarbeit) 20 Mk. pro Woche beginnen und jährlich um 1 Mk. bis auf 24 beziehungsweise 25 Mk. steigen, für weibliche ungelernete mit 10 Mk. beginnen und in vier Jahren auf 14 Mk. steigen; dazu kommen die prozentualen Zuschläge, so daß zum Beispiel in Berlin der Lohn der Arbeiterinnen von 12,50 auf 17,50 Mk. steigt.

Die „unerhebliche Zeit“, für die nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Lohn, abzüglich etwaigen Krankengeldes, zu zahlen ist, beträgt drei bis sieben Tage. Jährlich wird eine Woche Ferien, mit Fortzahlung des Lohnes, gewährt. Die einzustellenden Arbeitskräfte sollen möglichst vom Verbands-Arbeitsnachweis bezogen werden. Für Streitfälle sind Schiedsgerichte, unter Vorsteh eines Vertreters des Gewerkschaftsartells, vorgesehen. Diese Bestimmungen, namentlich auch die 53stündige Wochenarbeitszeit des Fuhrwerkpersonals, bedeuten einen erheblichen Vorteil für zahlreiche Arbeiter und bekunden wieder deutlich den Wert genossenschaftlicher Organisation für die gesamte Arbeiterbewegung. Dagegen erscheinen die Frist gemäß § 616 und der Lohnfuß für Arbeiterinnen etwas unzulänglich.

Daß es freilich nicht allein bei Arbeitern, sondern auch bei dem leitenden Personal der Vereine bezüglich der Arbeits- und Einkommensverhältnisse oft noch recht übel aussieht, beweist eine Erhebung, die für das Gebiet der Zwickauer und der Chemnitzer Einkaufsvereinigungen vorgenommen worden ist. Es wurden Gehaltsätze für Geschäftsführer bis herab zu 1200, ja 1050 Mk. im Jahre festgestellt, teilweise bei erheblichen Umsätzen und übermäßig hoher Rückvergütung. Selbstverständlich sollte sein, daß die Arbeiter, die ihre Lage durch Zusammenschluß verbessern, dies nicht durch Ausbeutung ihrer eigenen Angestellten tun. Nicht nur sichern sie sich durch anständige Bezahlung und Behandlung tüchtigere Kräfte, da vom Idealismus allein niemand eine Familie ernähren kann, auch ihre moralische Stellung im politischen und im Lohnkampf wird eine ganz andere dort sein, wo sie die Verhältnisse der von ihnen selbst bezahlten Arbeitskräfte nicht ängstlich zu verschweigen brauchen, sondern mit Stolz vorführen können. Hoffentlich wird dieser Zustand, der schon vielerorts besteht, bald auch in den rückständigen Gebieten erreicht sein.

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1906 gibt Kunde u. a. von einem Antrag des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Konsumvereine auf Förderung des direkten Bezugs der Konsumvereine von den landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Einsetzung einer gemeinsamen Kommission. Ferner wurden leitende Gesichtspunkte für die Errichtung von Sekretariaten der einzelnen Landesverbände aufgestellt, die Errichtung einer eigenen Druckerei und in Verbindung damit die Umgestaltung des Frauen-Genossenschaftsblattes, das zurzeit in etwa 156000 Exemplaren herausgegeben wird, zu einem größeren genossenschaftlichen Volksblatt für das Jahr 1908 in die Wege geleitet.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes hält ihre erste Generalversammlung im Anschluß an den Genossenschaftstag in Stettin ab. Ihr sind bisher 73 Vereinigungen mit 1324 angeschlossenen Angestellten und einem Jahresbeitrag von 125400 Mk. beigetreten. Abgelehnt haben den Beitritt in letzter Zeit die Generalversammlungen in Brandenburg a. H. und Olsnit i. B. Ein besonders eigenartiges Schauspiel hat der Konsumverein „Vorwärts“ in Luckenwalde aufgeführt, der am 11. Februar den Beitritt zur Kasse und am 11. April wieder den Austritt beschloß. Der Verein, der 10 Prozent Dividende verteilt, soll die Umwandlung seines Namens in „Nachwärts“ beabsichtigen. In sämtlichen drei Vereinen liegt die Mehrheit in den Händen organisierter Arbeiter. Es ist freilich irrig anzunehmen, daß erst der Konsumverein diesen den Krämergeist eingeflößt habe. Er hat ihnen vielmehr nur die Gelegenheit gegeben, als Arbeitgeber diesen Geist, der schon vorhanden war, aber beim Stellen von Forderungen an andere natürlich nicht jutage treten konnte, zu offenbaren. Und die allgemeine Verurteilung, die ein solches Gebaren in den Kreisen der fortgeschrittenen Genossenschafter finden muß, wird schließlich auch hier zur Selbstkehr und zur Besserung führen.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft für 1906 weist eine gesunde Weiterentwicklung dieser geschäftlichen Zentrale der deutschen Konsumvereine auf, wie auch der Umsat. Wir kommen auf den Bericht in unserer nächsten Rundschau zurück. Simon Katzenstein.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Dienstbotenbewegung in Nürnberg hat bis jetzt gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder der Organisation hat bereits 300 erreicht. Der Stellennachweis floriert sehr gut, und anständige Herrschaften sprechen ihre Befriedigung über die Organisation der Mädchen und die Ziele ihres Vereins aus. Sehr erfolgreich verlief die letzte Dienstbotenversammlung, die Sonntag den 8. April stattfand. Die Mädchen hatten sich weder durch das herrlichste Frühlingswetter noch durch Einschüchterungen seitens der Herrschaften abhalten lassen, in großer Zahl zur Versammlung zu kommen. Von den mehr als 1000 Personen, welche an ihr teilnahmen, waren gegen 900 Mädchen und Frauen. Genosse Segitz, Landtagsabgeordneter und Arbeitersekretär, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über „Rechte und Pflichten der Dienstboten“. In der Einleitung äußerte er herzliche Freude darüber, daß eine Schicht der Arbeiterklasse, die bisher alles ruhig ertragen hat, was ihr angetan wurde, daß die Dienstboten sich zu organisieren beginnen, und zwar getragen von der gleichen Überzeugung, welche die Grundlage der modernen Arbeiterbewegung ist. Ausführlich schilderte er die Ungleichheit der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Verhältnisse der Dienstboten regeln und für diese sehr viele Pflichten und winzige Rechte statuieren, den Herrschaften dagegen in einseitigster Weise zahlreiche und weitgehende Rechte einräumen. Der Redner stellte fest, daß dieser ungerechte Stand der Dinge die Schuld der bürgerlichen Parteien sei. Diese haben sich gegen alle Forderungen gestäubt, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten zu Ruh und Frommen des Gesundes erhoben und mit Nachdruck vertreten haben. Der Raumangel verbietet uns, anzuführen, was Genosse Segitz betreffs der Schadenersatzpflicht, Schadloshaltung am Lohn, Aufrechnung, Verjährung des Lohnes, Erkrankung usw. darlegte. Nur eine Einzelheit sei hervorgehoben, da sie geradezu himmelschreiend ist. Das Gesetz bestimmt, daß Kinder vom siebten Jahre an sich mit Genehmigung der Eltern verdingen können. Wenn dies geschieht, so treten für die verschachteten kleinen Sklaven alle Konsequenzen der Gesindeordnungen in Kraft. Aus der schlechtesten Stelle, die vielleicht Gesundheit und Sittlichkeit gefährdet, darf der kindliche Dienstbote nicht ohne die ausgemachte regelmäßige Kündigung austreten, wenn er nicht von der Polizei zurückgeführt oder bestraft werden soll. Wir begrüßen es, daß Genosse Segitz eine kleine, leicht faßliche Broschüre über die Rechte und Pflichten der Dienstboten demnächst veröffentlichen will. Reicher Beifall bekundete die Dankbarkeit der Versammelten für das interessante Referat.

Die Diskussion vermehrte das schier endlose Kapitel des Dienstbotenelends um viele charakteristische Beiträge. Das Arbeiterssekretariat hatte wieder einen ganzen Stoß von Material erhalten, das noch durch persönliche Beschwerden vermehrt worden war. Nicht wenige Herrschaften haben in den letzten Wochen ihre Dienstboten bestimmen wollen, dem Verein den Rücken zu kehren. Die betreffenden Mädchen waren jedoch klug genug, zu erklären, eher ihre Stelle zu wechseln, als aus der Organisation auszutreten, die ihre Interessen wahrnimmt. Eine „Gnädige“ erdreistete sich, wegen der Zugehörigkeit zum Verein ihr Mädchen in der rohesten Weise zu beschimpfen. Dieses, das außer einem Kind noch ein Licht trug, kam in der Aufregung darüber einem Vorhang zu nahe, welcher in Brand geriet. Der Vorgang, den die „Gnädige“ selbst durch ihre Brutalität verschuldet hatte, gab Anlaß zur sofortigen Entlassung des Mädchens. Und damit nicht genug. Die ehrenwerte Dame schrieb in das Dienstbuch, das Mädchen sei wegen „Brandstiftung“ fortgeschickt worden. Als die Entlassene darauf weinend erklärte, das Zeugnis nicht annehmen und sich an das Arbeiterssekretariat wenden zu wollen, stürzte sich die „Gnädige“ wie eine Hege auf das Mädchen, riß ihm das Buch aus der Hand und vernichtete den Beweis ihrer Verlogenheit und Niedertracht. Eine andere Dame befahl ihrem kranken Dienstmädchen zu arbeiten, indem sie erklärte: „Und wenn Sie sterben und verderben, das ist mir ganz gleich, und wenn Sie nicht wollen, dann hau' ich Ihnen eine hinein, daß Ihnen das Blut herunterläuft!“ Der Vater der Armen hatte große Schwierigkeiten, um die Tochter ins Krankenhaus schaffen zu können. Der Mann der betreffenden „Dame“ verprügelte einem anderem Mädchen auf der Treppe das Gesicht und meinte, er werde eventuell die Strafe schon zahlen, es koste ja bloß 3 Mk. In der betreffenden Familie müssen die Mädchen auf einem Diwan in einem Zimmer schlafen, das der Herr nachts passiert. Ein Mädchen berichtete, daß es im Vorplatz hat schlafen müssen, zu Mittag nur für 10 Pf. schlechte Bursch und bei schwerer Arbeit nichts Barmes zu essen bekam. Das „gut bürgerliche“ Hundeeßen für Dienstboten, das in der früheren Versammlung auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden war, fand ein würdiges Gegenstück an einem „aristokratischen“ Speisezettel für die Dienstboten. Wir teilen denselben in nächster Nummer mit und bemerken nur, daß die zum Beweis eingeschickten 5 Pfennig-Würstchen in der Versammlung nicht mehr gezeigt werden konnten, da sie innerhalb zweier Tage vollständig verschimmelt waren.

Die in der Diskussion mitgeteilten Einzelheiten entfesselten oft leidenschaftliche Erregung. Viele Zwischenrufe bekundeten, daß den Versammlungsbefucherinnen nur zu gut aus eigener Erfahrung bekannt sei, was über miserable Verdöstigung, brutale und niederträchtige Behandlung berichtet wurde. Mit Freude wurde dagegen die Mitteilung begrüßt, daß viele Zuschriften aus Herrschaftskreisen aufrichtigen Abscheu

gegen die maßlose Ausbeutung und schlechte Behandlung der Dienstboten äußerten und sich zustimmend zu der Gründung des Vereins wie des Stellennachweises aussprachen. Nach Schluß der Versammlung erklärte eine Frau Doktor der Unterzeichneten, sie wolle einen Verein humaner Herrschaften gründen, der Hand in Hand mit dem Dienstbotenverein arbeiten solle. Die Absicht der Dame ist gewiß gut, aber wir glauben kaum, daß sie in ihren Kreisen großen Erfolg haben dürfte. Das Gros ihrer Klassengenossen steht den Bestrebungen zur Reform der Dienstbotenverhältnisse mit größtem Unverständnis und ausgesprochener Feindseligkeit gegenüber. Die meisten Herrschaften erblicken in den Dienstmädchen nicht gleichberechtigte Gehilfinnen im Haushalt, sondern Hausflavinnen, die sie ohne jede Rücksicht ausbeuten wollen. So anerkennenswert es ist, wenn manche Herrschaften nicht nur ihre eigenen Dienstboten menschenwürdig behandeln, sondern auch mit den Bestrebungen der Dienstbotenorganisation sympathisieren, so dürfen doch die Mädchen nie vergessen, daß im allgemeinen die Milderung ihres traurigen Loses ihr eigenes Werk und das der kämpfenden Schwestern und Brüder der Arbeit sein muß. Alle Dienstmädchen und Hausarbeiterinnen, die das Elend ihrer Lage fühlen, müssen deshalb mithelfen, damit die Organisation in baldiger Zukunft in den Stand gesetzt wird, ihre nächstliegenden Ziele zu erreichen: die Beseitigung der wucherischen Stellenvermittlung, eine menschenwürdige Behandlung der Mädchen, die Freigabe des Sonntagnachmittags und eine geregelte Arbeitszeit. Keine einzige der im Haushalt und persönlichen Dienst Ausgebeuteten darf bei dieser Arbeit fehlen, es kommt auf eine jede an. Alle die Dienstmädchen und Zugehörigen, die sich dem Verein angeschlossen haben, müssen deshalb im Kreise ihrer Bekannten und Freunde als unermüdbliche Agitatorinnen dafür wirken, möglichst viele Schicksalschwestern um das Banner der Organisation zu scharen.

Eine Dienstbotenorganisation in Jürth ist als Filiale des Nürnberger Dienstbotenvereins gegründet worden. Die Konstituierung erfolgte in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung, in der die Unterzeichnete über „Dienstbotenbewegung und Stellenvermittlung“ referierte. Es wurde festgestellt, daß in Jürth die Verhältnisse um kein Haar besser sind wie in Nürnberg. Auch die Jürther Dienstbotenorganisation verfolgt die Aufgabe, durch einen eigenen kostenlosen Stellennachweis die Stellenvermittlerinnen vollständig auszuschalten und den Dienstmädchen wie häuslichen Tagelöhnerinnen eine menschenwürdige Behandlung zu sichern. Am 17. Juni findet die erste Mitgliederversammlung der Organisation statt. Hoffentlich entwickelt sich der Zweigverein ebenso gut wie die Hauptorganisation in Nürnberg.

Die Beseitigung der Gesindeordnung und gesetzlichen Arbeiterschutz für die Dienenden forderte eine Volksversammlung, die am 24. April unter zahlreicher Beteiligung in Berlin getagt hat. Sie war von der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands zu dem Zwecke einberufen worden, die Dienstbotenbewegung in kräftigen Fluß zu bringen. Genosse Stadthagen referierte. Wir werden in nächster Nummer einen Auszug seines Vortrags bringen.

In der Diskussion anerkannte die Frauenrednerin, Frau Deutsch, welche der Leitung der Berliner Organisation der Dienstboten angehört, der Referent habe in trefflicher Weise die Gesindeordnung charakterisiert. Fräulein Koschnitz, Fräulein Hoffmann und Fräulein Hall schilderten die Rechtslosigkeit und die Leiden der Dienenden. Erstere drückte ihre Genugtuung aus, daß der Referent so warme und so wahre Worte über das Los der Dienenden gesprochen habe. Auch die letztere dankte ihm namens der Dienstboten. Fräulein Hoffmann betonte noch nachdrücklich, daß nach ihren Erfahrungen auf dem Internationalen Frauentongress die Dienstboten nichts von der bürgerlichen Frauenwelt, dagegen viel von der organisierten Arbeiterklasse zu erwarten haben. Auch Frau Gubela und Bäder Knoll würdigten die Bedeutung der Sozialdemokratie im Kampfe gegen das Dienstbotenelend. Genossin Vaader als Vorsitzende sprach in dem gleichen Sinne und kündigte an, daß weitere öffentliche Versammlungen auch Sonntagnachmittags zur Aufklärung der Dienstboten stattfinden werden. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, nachdem eine Resolution zur Annahme gelangt war, welche folgende Forderungen enthielt:

Beseitigung der Gesindeordnung und der gegen das Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze, namentlich des Gesetzes vom 24. April 1854, Arbeiterschutz durch Reichsgesetz für das Gesinde, ein volles gesichertes Koalitionsrecht, rechtliche Gleichstellung des Gesundes mit den gewerblichen Arbeitern hinsichtlich des Dienstvertrags, der Kranken- und Unfallversicherung, Dienstbotengerichte nach Art der Gewerbegerichte unter Beteiligung der Dienstboten als Beisitzer.

Bereinsrecht der Frauen.

Zur dringenden notwendigen Reform des braunschweigischen Vereinsrechts hat das Gewerkschaftsstellwerk Braunschweig in Gemeinschaft mit den Vorständen der Gewerkschaften der Stadt Braunschweig beschlossen, folgende Eingabe an den Landtag und die Regierung zu richten:

„Das braunschweigische Vereinsgesetz vom 4. Juli 1853 stellt die Frauen auf eine Stufe mit unmündigen Kindern und solchen Personen, welche die politischen Rechte verloren haben, das heißt mit Personen, welche als Verbrecher der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt worden sind, und nimmt ihnen jedes Recht, sich in Vereinen und Versammlungen über öffentliche oder berufliche Angelegenheiten auszusprechen. Das ist um so mehr ein eines Kulturstaates un-

würdiger Zustand, als man die Frauen dem Staate wie der Gemeinde gegenüber ebenso verpflichtet hat wie die Männer. Der frühere Zustand, bei welchem die Frau einzig der Familie lebte, ist längst durch die kapitalistische Entwicklung beseitigt. In steigendem Maße wird die Frau gezwungen, erwerbstätig zu werden, sich von der Häuslichkeit und der Familie loszureißen und in der Fabrik, der Landwirtschaft, der Heimarbeit, als Dienstbote usw. selbständig berufsmäßig tätig zu sein. Diese künstliche Rechtslosmachung der Frau ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die arge Verbitterung erzeugen muß.

Leider wird es den durch ein rückständiges Wahlrecht im Lande völlig rechtlos gemachten Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Wünsche in der Landesversammlung persönlich zur Geltung zu bringen. Auch so ein Stück Braunschweiger „Gerechtigkeit“!

Wir Arbeiter verurteilen deshalb auf diese Weise die neuerliche Erklärung der Regierung, nach welcher eine Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Frauen wiederum, selbst gegen den Willen der Landesversammlung und des ganzen Volkes, verschoben werden soll, auf das allerentschiedenste und fordern von der Regierung, daß sie, dem Geiste der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Entwicklung Rechnung tragend, ihren frauenfeindlichen, unsozialen Standpunkt verläßt. Wir fordern die völlige Gleichstellung der Geschlechter in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht. In dieser Erwägung erfuchen wir die Landesversammlung, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der regierungsseitigen öffentlichen Mißachtung der Frau endlich ein Ziel gesetzt und daß jede durch das bestehende Vereinsgesetz ausgesprochene Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit weiblicher Personen aufgehoben wird.“

Diese trefflichen Ausführungen sprechen für sich selbst wie für das Verständnis und den Eifer, mit welchem die organisierten Arbeiter in Braunschweig für das Recht der Frauen kämpfen.

Zum Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Ein erbittertes Ringen zwischen Vergleuten und Grubenkapital geht in Mitteldeutschland vor sich. Es handelt sich dabei um die Verbesserung des harten Loses der Grubenproletarier. Diese wehren sich gegen überlange Arbeitszeit von zwölf und noch mehr Stunden unter Tag, gegen Akkordlöhne, bei denen es tüchtige Männer mit zahlreicher Familie oft nur auf 15 bis 18 Mk. Wochenverdienst bringen. Fortgesetzte Überstunden sind an der Tagesordnung, und dreizehn Sonntage im Jahre müssen die Vergleute dem Kapital dienen, denn „Du sollst den Feiertag heiligen!“ Wie bescheiden die Forderungen der kämpfenden Grubenklaven sind, geht daraus hervor, daß sie nur 4,50 Mk. Garantielohn verlangen, bei einem Beruf, der Gesundheit und Leben in stete Gefahr bringt. Prohig haben sich die Grubenbarone den Forderungen der Arbeiter entgegengestellt. Um die alte Ausbeutung aufrechtzuerhalten, ist ihnen kein Mittel zu schlecht. Wo Vergleute ihr Heim in Werkwohnungen haben, droht man, sie aufs Pflaster zu setzen; trotz Kontrakt versucht man, ihnen ihr Pachtgeld zu entreißen. Strafmandate und andere polizeiliche Maßregeln zur Sicherung der „Ordnung“ hagelt es nur so. Und als das nichts nützte, wurden die Vergleute mit dem Abkehrschein bedacht, der ihnen innerhalb vier Tagen alle Krankenlöhne und Pensionsrechte nimmt. Meist traf die Abkehr Leute, welche sich frei und ohne Scheu in den Dienst ihrer Arbeitsbrüder gestellt hatten. Bis heute haben die Herren Kapitalisten keinen Erfolg zu verzeichnen. Nicht einmal die streitbrecherische Agitation der Hirsch-Dunderschen Generalräte und Auszahlmarschälle hat ihnen Hilfe gebracht. Geprügelten Hundes gleich haben sich diese Arbeiterverräter aus dem Staube gemacht. Was sie erzielten, ist ein reißender Schwund ihrer Mitglieder, deren gesunder Sinn sich gegen die ihnen zugebachtete Molle elender Verräter empörte. In Massen treten die Gewervereiner dem deutschen Bergarbeiterverband bei, der sie ohne Karenzzeit aufnimmt. Täglich wächst die Zahl der Streikenden. Die Versammlungen spiegeln die Notlage wider, welche die Bergarbeiter in den Kampf getrieben hat, aber auch deren ruhige Entschlossenheit und opferfreudige Solidarität. Erschütternd und erhebend zugleich wirkt, was Männer und Frauen von ihrem Leid und ihrem Wollen erzählen. Ein gewaltiges Sehnen nach Menschentum, nach ertlichen Sonnenstrahlen Lebensglück spricht aus den schlichten Worten.

Die Frauen sind mit Kopf und Herz beim Kampfe ihrer Männer. Proletarierinnen, welche früher mit Jammern und Schelten ihre männlichen Angehörigen von der Arbeiterbewegung zurückzuhalten suchten, stehen heute als tapfere Kämpferinnen für die gerechte Sache in der Front. Prohen-willür und unsere Aufklärungsarbeit in den öffentlichen Versammlungen haben ihnen die Augen über die Lage der Vergleute und unsere fluchwürdige kapitalistische Ordnung geöffnet.

Im Lager der Arbeiter ist gute Siegeszuversicht vorhanden. In mehreren Schächten sind die Hauptstrecken eingeholt und die Grundwasser hervorgetreten. Das wird dazu beitragen, daß die Unternehmer aller Prohigkeit ungeachtet wohl oder übel den Forderungen der kämpfenden nachgeben müssen. In verschiedenen Revieren hat man die Neunstundenschicht versprochen, Minimalldöhne, die sich ziemlich mit den verlangten Sähen decken, und bessere sanitäre Einrichtungen. Die Bergarbeiter werden sich aber nicht mit losen Versprechungen begnügen, sondern auf bindenden Abmachungen bestehen. Die „Schwarzgräber“ Mitteldeutschlands wollen sich nicht nasführen lassen. Voller Hoffnung und Begeisterung halten sie an der Lösung fest: Unfer der Kampf, unfer der Sieg! Helene Rödel, Debschütz.

Die alte Isergil.

Von Maxim Gorki.

Am Meeresstrande war's, nahe bei der Hafenstadt Akkerman in Bessarabien, daß ich die nachfolgenden Erzählungen vernahm.

Eines Abends, als wir mit der Weinlese fertig waren, ging die Kolonne von Moldauern, mit denen ich zusammen arbeitete, hinunter ans Meer, während ich mit der alten Isergil noch im Schatten der Weinreben zurückblieb. Ich hatte mich auf der Erde ausgestreckt und blickte den Abziehenden nach, deren Silhouetten in den dunklen, vom nächtlichen Nebel durchzogenen Laubgängen verschwanden.

Aus der Ferne drang das Singen und Lachen der braunen Burschen und Mädchen zu mir herüber. Prächtige Menschen waren es — die Männer stark und statilich, mit üppigen, schwarzen Schnurrbärten und dichtem, lang auf die Schultern herabwallendem Haar, in kurzen Jacken und weiten Pluderhosen, und die Mädchen schlank wie die Berten, mit dunkelblauen Augen, das seideweiche, lose Rabenhaar mit blinkenden Münzen geschmückt, die im Winde leis aneinander klirten.

Eine Geige ertönte, ein Mädchen sang dazu mit einer weichen Altstimme. Ich lag da, schaute dem Jagen der Wolken am Himmel zu und atmete die würzige Seeluft ein, die sich mit den warmen Ausdünstungen des vom Nachmittagsregen noch feuchten Bodens mischte. Noch jagten am Himmel mächtige Wolkenflocken hin, von seltsamen Formen und Farben, bald weich wie Rauchwolken, schwärzlichblau oder taubengrau, bald mattschwarz oder braun, wie mächtige Felsblöcke. Dazwischen schimmerten dunkelblaue, silberne gestirnte Stücke des Himmels mild hindurch. Und alles das — die Töne und Geräusche, die Wolken und die Menschen — war so bezaubernd schön und zugleich so schwermächtig, wie der Anfang irgend eines Wundermärchens.

„Warum bist du nicht mit den anderen gegangen?“ fragte mich die alte Isergil auf Russisch.

Die Zeit hatte sie mitten entzwei geknickt, und die einstmalig blühend schwarzen Augen waren jetzt trüb und tränenfeucht. Ihre trockene Stimme war ohne Klang, sie hörte sich knirschend an, wie wenn sie aus einem knöchernen Kehllopf käme. Aber wie konnte sie noch erzählen, wenn sie wollte!

„Warum ich nicht mitgegangen bin? Ich hatte keine Lust,“ antwortete ich ihr.

„Da ha! Als Greise werdet ihr Russen geboren! Finster seid ihr wie die Dämonen! Angst haben unsere Mädchen vor dir — und bist doch jung und stark...“

Der Mond ging eben auf. Seine Scheibe war groß, blutig-rot. Es war, als ob er aus dem Schoße dieser Steppe emporstiege, die im Laufe der Jahrtausende so viel Menschenfleisch verschlungen und so viel Menschenblut getrunken hat, wovon sie wohl auch so feist und ergiebig geworden ist. Bitternde, spizenartig durchbrochene Schatten fielen durch das Weinlaub auf uns beide und bedeckten uns gleichsam mit einem Netz. Über die Steppe, zu unserer Linken, huschten die Schatten der Wolken dahin, die vom bläulichen Licht des Mondes durchleuchtet waren und hell und durchsichtig erschienen. Ganz leise, vom Rauschen der Wogen gedämpft, klang bald das Schluchzen der Geige, bald das Lachen der Mädchen oder der geschmeidige Bariton eines der Burschen vom Meeresufer an unser Ohr.

„Schau, da eilt Larra über die Steppe!“ begann die alte Isergil.

Ich wandte mein Auge nach der Richtung, nach der sie mit den gekrümmten Fingern ihrer Hand wies, und sah zwischen den Wolkenhüllen, die über die Steppe glitten, einen Schatten, der dunkler und dichter schien als die anderen, und auch rascher vorwärts eilte. Er rührte von einer Wolke her, die niedriger, näher der Erde dahinschwebte und schneller vom Winde getrieben wurde als die anderen.

„Ich sehe niemanden,“ erwiderte ich der Alten.

„Bist blinder als ich altes Weib! Schau doch dort, wie er läuft, der Finstre!“

„Das ist ein Schatten,“ versetzte ich, „nichts weiter. Weshalb nennst du ihn Larra?“

„Weil's Larra ist. Jetzt ist er nichts weiter als ein Schatten — 's ist auch Zeit! Er lebt schon seit Tausenden von Jahren, und die Sonne hat seinen Leib, sein Blut, seine Knochen ausgedörret, und der Wind sie als Staub verweht. Da sieht man so recht, wie Gott den Menschen für seinen Hochmut bestraft!“

„Erzähl mir doch, wie das war!“ bat ich die Alte. Ich ahnte eine jener prächtigen Sagen, wie sie nur die Steppe dichtet.

Und Isergil hub an und erzählte also:

„Viele tausend Jahre sind verfloßen, seit dies geschehen. Weit, weit jenseits des Meeres, gegen Sonnenaufgang, ist das Land des großen Stromes, und in diesem Lande gibt jedes Blatt am Baume und jeder Grashalm so viel Schatten, als der Mensch braucht, um sich bequem vor den Strahlen der Sonne zu verbergen, die dort sehr heiß brennt.“

So fruchtbar ist der Boden in jenem Lande.

Es lebte daselbst ein mächtiger Stamm von Menschen, welche Herden besaßen und dem Weidwerk oblagen. Nach der Jagd pflegten sie zu schmausen, Lieder zu singen und mit den Mädchen Kurzweil zu treiben, die in jenem Lande schön waren wie das Feuer.

Eines Tages, während sie beim Festgelage saßen, raubte ein Adler, der vom Himmel niederschwebte, eines dieser Mädchen. Schwarzhaarig war sie und schön wie die Nacht. Hoch empor trug sie der Adler, und die Pfeile, die ihm von den Männern des Stammes nachgeschandt wurden, fielen machtlos zur Erde zurück. Sie gingen alsdann, die Geraubte zu suchen, doch fanden sie sie nicht. Und sie ward vergessen, wie alles auf Erden vergessen wird.“

Die alte Isergil seufzte tief auf und schwieg ein Weilchen. Aus ihrer heiseren Kehle klang es wie das Murren all der vergessenen Jahrhunderte, die in ihrer Brust als Bilder der Erinnerung sich niedergeschlagen hatten. Das Meer begleitete mit leisem, rhythmischem Rauschen ihren Vortrag dieser alten Sage, die vielleicht einmal an seinem Ufer gedichtet worden war.

„Nach zwanzig Jahren,“ fuhr Isergil fort, „kehrte die Geraubte aus eigenem Antriebe zu ihrem Stamme zurück. Sie war verhärtet und abgezehrt, und mit ihr kam ein Jüngling, schön und kraftvoll, wie sie selbst vor zwanzig Jahren gewesen war. Als man sie fragte, wo sie so lange gewilt, erzählte sie, daß der Adler sie in die Berge getragen und dort mit ihr wie mit seiner Frau gelebt habe. Der Jüngling, mit dem sie gekommen, sei des Adlers Sohn, er selbst aber lebe nicht mehr. Als er nämlich schwach zu werden begann, habe er sich noch ein letztes Mal in die Lüfte erhoben und sich mit angezogenen Flügeln auf einen steilen Felsgrat fallen lassen, dessen Spizen ihn auf den Tod verwundeten...“

Alle blickten voll Erstaunen auf den Sohn des Adlers. Er war in nichts besser als sie, nur seine Augen waren kalt und stolz, wie beim König der Vögel. Und sie sprachen mit ihm, er aber antwortete ihnen, wenn er wollte, oder schwieg auch, und wenn die Ältesten des Stammes kamen, so sprach er mit ihnen wie mit seinesgleichen. Das kränkte sie sehr. Sie nannten ihn einen ungesteierten Pfeil mit einer stumpfen Spitze und sagten, daß Tausende solcher Jünglinge, wie er selbst sei, und aber Tausende, die weit älter seien, ihnen Ehrfurcht erwiesen. Er aber maß sie mit kaltem Blick und meinte: solche, wie er sei, gebe es überhaupt nicht mehr, und wenn auch alle sie ehrten, so denke er jedenfalls nicht daran, es zu tun. Da wurden sie vollends aufgebracht und sprachen: „Er gehört nicht unter uns — mag er dahin gehen, wo es ihm gefällt!“

Er lachte nur und ging dahin, wo es ihm gefiel — nämlich zu einem schönen Mädchen, das ihm tief ins Auge geschaut hatte. Es war die Tochter eines der Ältesten, die über ihn zu Gericht geseßen hatten. Er ging zu ihr hin und schloß sie in seine Arme, aber ob schon er schön war und ihr gefiel, stieß sie ihn doch zurück, da sie ihren Vater fürchtete. Stieß ihn zurück und wollte rasch enteilen, er aber schlug sie nieder und setzte seinen Fuß auf ihre Brust, daß aus ihrem Munde das Blut zum Himmel emporstieß und sie, tief aufseufzend und sich krümmend vor Schmerz, ihr junges Leben aushauchte.

Alle, die es sahen, waren vor Furcht erstarrt, da vor ihren Augen zum erstenmal ein Weib auf solche Weise gemordet worden war. Und lange schwiegen sie alle und blickten auf sie, die mit blutigem Munde dalag und mit offenen Augen, welche um Rache zu stehen schienen, und auf ihn, der erhobenen Hauptes neben ihr stand, einer gegen alle, und so kalt und hochmütig dreinschaute, als ob er absichtlich die Rache des Himmels auf sich lenken wollte...“

Dann, als sie das Geschehene erfaßt hatten, ergriffen und banden sie ihn und ließen ihn so liegen, da es ihnen zu einfach deuchte, ihn nur so ohne weiteres zu töten.“

Die Nacht ward dunkler und dunkler. Seltsame leise Laute ließen sich vernehmen; aus der Steppe tönte von Zeit zu Zeit das Pfeifen der Zieselmaus, durch das Weinlaub zitterte das schrille Zirpen der Grillen, und das Laub selbst seufzte und flüsterte geheimnisvoll. Die volle Scheibe des Mondes, die vorher blutig-rot gewesen, warf jetzt, blaß und groß über die Erde emporsteigend, ihr mattbläuliches Licht über die Steppe.

(Fortsetzung folgt.)

Der Apfel der Eva.

Von Anna Blos.

Wie wohl die Geschichte vom Sündenfall in die Welt gekommen ist? Sie existiert nun schon so lange, daß es unmöglich ist, das zu ergründen. Aber in einem menschlichen Hirn muß sie doch entstanden sein; das wird nach all dem tiefsinnigen Streiten über Babel und Bibel wohl niemand bezweifeln. Natürlich ist diese Geschichte auch in der Phantasie eines Mannes entstanden. Dieser Mann fand es außerordentlich bequem, Adam von vornherein als Herrn der Schöpfung zu bezeichnen, der armen Eva dagegen den Ursprung aller Sünde und alles Lasters in die Schuhe zu schieben, Notabene, wenn sie welche getragen hätte. Natürlich sind nun alle Söhne Adams die Herren der Schöpfung, wenn sie auch sonst wenig Herrliches an sich haben; die Töchter dagegen brauchen sich nur zu rühren, so heißt es, sie hätten alle möglichen Untugenden, als da sind Falschheit, Hinterlist, Berufungskunst, von ihrer Stammutter geerbt. Arme Eva, das ahnte sie wohl nicht, als die Schlange ihr zum Genuß des verhängnisvollen Apfels riet!

Ich erlaubte mir neulich mal die bescheidene Anfrage an einen Bekannten, warum Adam als Herr der Schöpfung Eva nicht einfach den Genuß des Apfels verbot. Da erhielt ich die Antwort: „Das konnte er nicht, denn Eva stand ja in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu Adam.“

Im Paradiese haben also wirklich paradiesische Zustände geherrscht. Da lebten Mann und Weib nebeneinander; jedes hatte gleiche Rechte und gleiche Freiheit, und trotzdem scheinen sie sich recht gut vertragen zu haben, denn meistens waren sie beieinander, trotzdem der Garten des Paradieses sicher groß genug war, daß sie sich hätten aus dem Wege gehen können. Allerdings wären sie dann nur auf die Gesellschaft von Tieren angewiesen gewesen, und die waren ihnen doch wohl auf die Dauer zu dumm, trotzdem Adam und Eva damals noch keine Frucht vom Baume der Erkenntnis gegessen hatten.

Adam hatte also kein Recht, Eva etwas zu verbieten, trotzdem er der Herr der Schöpfung war, da sie in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stand. Aber wenn Adam wirklich so gut und brav war, dann hätte er wenigstens sagen müssen: „Tu du, was du nicht lassen kannst; ich kann dich nicht daran hindern. Aber ich will nicht teil haben an deinem Ungehorsam. Ich folge dem, was mir gesagt wurde, als ich aus einem Erdenloß zum Menschen gemacht wurde.“

Eva war recht gutmütig; sie hätte ja auch den ganzen Apfel allein essen können oder wenigstens das größere Stück für sich behalten. Ich nehme aber an, daß sie so gutmütig war, den Apfel redlich zu teilen. Als das Menschenpaar nun zur Strafe aus dem Paradiese vertrieben wurde, da standen sie also in keinem Abhängigkeitsverhältnis zueinander, da waren auch Wissen und Erkenntnis auf beide gleichmäßig verteilt, denn jedes hatte eine Apfelhälfte gegessen. In der Welt draußen machte Adam es sich nun bequem; er schob alle Schuld auf Eva und fing an, den Tyrannen herauszulehren. Diesem löblichen Beispiel folgten alle seine Nachkommen; so verlor sich allmählich das System der Gleichberechtigung, das doch vom Paradiese her noch gelten sollte. Adam und seine Söhne vergaßen auch, daß Eva genau so viel von dem Apfel gegessen hatte, wie Adam selbst, ja, daß er ihr eigentlich alles Wissen verdankte. So entstand allmählich die Fabel von dem kleinen Gehirn und dem schwächeren Verstand.

Es ist schon lange her, daß die Geschichte vom Sündenfall entstanden ist. Etwas spät bestimmt sich das weibliche Geschlecht darauf, daß seine Stammutter einst gleichberechtigt mit Adam im Paradiese lebte, und daß Eva genau so reich an Wissen und Erkenntnis das Paradies verließ wie Adam. Zu spät aber ist es nicht. Darum, ihr Frauen, wenn man euch die Sünden der Eva zur Last legt, dann vergeßt nicht, daß sie euch auch eine Erbschaft hinterlassen hat, auf die ihr euch berufen könnt, wenn man euch unterdrücken und hindern will, von eurem Wissen und eurer Gleichberechtigung Gebrauch zu machen.

In der Frühe.

Von Theodor Storm.

Goldstrahlen schießen übers Dach,
Die Föhne krähn den Morgen wach;
Nun einer hier, nun einer dort,
So kräht es nun von Ort zu Ort;
Und in der Ferne stirbt der Klang —
Ich höre nichts, ich horche lang.
Ihr wackern Föhne, träget doch!
Sie schlafen immer, immer noch.